

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Oldenburgische Volkszeitung
90 (1923)**

21.6.1923 (No. 140)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-1205805](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-1205805)

Bezugspreis. Die Oldenburgische Volkszeitung (Wochenschrift, Dammernachrichten), Zentrumsorgan, erscheint nur wochentags. Preis für Stadt- u. Postabonnenten ohne Bestellgeld für Juni 4500 M. Einzelnummer 200 M.

Oldenburgische

Anzeigen. Der Zellenpreis beträgt für Anzeigen aus dem Freistaat Oldenburg 500 M. für die einfache Zeile oder deren Raum, für sonstige 750 M., Restameile 1500 M. Telefonisch aufgebene Anzeigen geben kein Einbruchrecht.

Volks-Zeitung

Verantwortlicher Schriftleiter: G. Thole, Behta, Fernspr. 5. Druck und Verlag: Behter Druckerei und Verlag, G. m. b. H. Geschäftsführung: Verlagdirektor A. Sommerfeld, Fernspr. 5

Tageszeitung für das Oldenburger Land.

Gratis-Beilagen: „Wochenblatt für Land- u. Hauswirtschaft“ Schriftleiter: Oekonomierat Kohaus, Dinlage; „Heimatblätter“ Schriftleiter: Dr. Awerdam, Dythe bei Behta.

Nr. 140

Anzeigenannahme in Oldenburg: G. Wähler, Handelshof, Telefon 1354. H. Wörmann, Bergstr. 5, Telefon 1895.

Behta, Donnerstag, den 21. Juni 1923.

Anzeigenannahme in Osnabrück: G. Wähler, Wittekindstr. 4a, Tel. 139. Ed. Rodlaga, Martinitz, 49, Tel. 1676.

90. Jahrg.

Zwei dringliche Aufgaben.

Maßnahmen gegen den Währungszerfall. — Steuergerechtigkeit.

Der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Ztg.“ kennzeichnet die augenblickliche Situation mit folgenden Sätzen: „Die französische Politik geht nun auch darauf aus, den ihr aus der neuen Marktkatastrophe erhofften Zusammenbruch Deutschlands in Ruhe und ohne Komplikationen mit den Alliierten abzuwarten. Man mag in Deutschland daraus ersehen, wie diejenigen Kreise, die an dem wahnsinnigen Emportreiben der Devisenkurse die Schuld haben, der französischen Politik direkt in die Hände arbeiten.“ Auf diese Dinge kann in der Tat nicht oft und nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden, bemerkt dazu die „Köln. Volksztg.“ Jeder, der es mit dem deutschen Volke und seiner Zukunft gut meint, und der insbesondere einen günstigen Ausgang des Ruhrkampfes unter allen Umständen erstrebt, fragt sich angesichts des fortschreitenden Marktzufalles mit Sorge, was für innerpolitische Folgen das haben kann. Wenn es denjenigen, in deren Händen die Macht und die Entscheidung liegt, nicht gelingt, den innerpolitischen Zündstoff zu beseitigen, dann müßte einmal der Tag kommen, der die Hoffnungen Poincarés erfüllt. Zwei Dinge scheinen uns im gegenwärtigen Augenblick vor allem Not zu tun: 1. Maßnahmen gegen den Währungszerfall und seine Rückwirkungen auf die Inhaber von Papiermarkeninfanten und 2. die Herbeiführung einer möglichen Steuergerechtigkeit.

In den letzten Tagen hat die Börse das Bild eines ungehemmten Stieges des Dollar geboten. Von einem nennenswerten Eingreifen der Reichsbank war keine Rede mehr. Wir wollen die erste Frage, ob die Goldreserven der Reichsbank eingeleitet werden sollen, um den Markkurs zu heben, oder nicht, gewiß nicht voreilig entscheiden. Aber es drängt sich doch die Erwägung auf, daß, wenn es zu einer innerpolitischen Katastrophe kommt, der unangefasste Goldschatz der Reichsbank uns auch nicht mehr helfen kann. Mit Erbkäusen muß man überdies aus dem heutigen Bericht über die Verhandlungen des Markstützungsausschusses ersehen, daß von den 100 Millionen Goldmark, die die Dollarschulden der Reichsbank zur Verfügung stellen sollte, bisher nur 55 Millionen eingegangen sind. Bekanntlich hatten aber die Großbanken die Garantie für mindestens 100 Millionen Goldmark übernommen. Es ist nicht ohne weiteres verständlich, warum die fehlenden 45 Millionen, die die Reichsbank sehr gut gebrauchen könnte, noch nicht eingegangen sind. Es ist gewiß nicht zwecklos, wenn der Markstützungsausschuss den Gründen für den Zusammenbruch der Markstützungsfaktion im Senat d. S. nachgeht. Praktische Bedeutung könnte diese Untersuchung aber nur dann haben, wenn aus ihr Konsequenzen für Gegenwart und Zukunft gezogen werden. Von einem deutlichen Hervortreten dieser Erkenntnis ist aber nicht viel zu sehen. Berechtigt ist das Verlangen, daß Regierung und Reichsbank eine etwas energiegelichere Tätigkeit entfalten. Ob auch organisierte Maßnahmen, wie z. B. die viel erörterte Devisenzentrale, von Nutzen sein können, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Eine Ursache der Unzufriedenheit, die es im Interesse des großen politischen Zieles zu beseitigen gilt, ist die große Ungleichheit in der Steuerleistung, die zwischen denjenigen, die unter der Bestimmung des Lohnabzuges stehen, und den zur Einkommensteuer Veranlagten besteht. Die Debatten über diese Frage gehen nun schon lange hin und her. Auch der Steueraussschuß des Reichstages hat sich neuerdings wieder mit der Frage beschäftigt. Man sucht die Lösung in der Weise, daß die Handel- und Gewerbetreibenden für das Rechnungsjahr 1923 Vorauszahlungen in der Höhe eines Vierfachen des Betrages, der der Veranlagung für 1922 zugrunde liegt, leisten. Ueber den Multiplikator hat man sich noch nicht geeinigt. Der Reichsfinanzminister Dr. Hermes vertritt die Forderung, daß das Fünftelzwanzigfache der Veranlagung vom Jahre 1922 bei der Einkommensteuer und das Fünftelzwanzigfache bei der Körperschaftsteuer für 1923 zu entrichten sei. Angesichts der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark beruhen aber alle diese Berechnungen auf einer sehr schwachen Grundlage. Sie können heute richtig sein und sind morgen schon überholt. Das Problem, Gerechtigkeit auf dem Gebiete der Steuerzahlung zu begründen, scheint deshalb im Augenblick unlösbar. Es kann sich eben nur um Fiktion handeln, bis die Verhältnisse stabil geworden sind. Reformen mit demselben Ziel sind auch auf dem Gebiete der Vermögensbesteuerung ins Auge gefaßt. Hier handelt es sich um eine Neuordnung der Bewertungsschriften. Letztendlich liegt hier eine Aufgabe vor, die nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine rein finanzpolitische Seite hat. Sobald den Steuerlasten des Reiches größere Beträge zuzuführen, ist es auch möglich, die Inflation einzudämmen. Es ist ein Erfordernis der Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß das deutsche Volk in seiner Gesamtheit bisher, von verhältnismäßig wenig unerfreulichen Ausnahmen abgesehen, einen Opfermut und eine Disziplin in dem schweren Ringen um seine nationale Existenz bewiesen hat, der auch objektive Beurteiler ihre Anerkennung nicht verweigern können. Dieses Volk hat aber einen berechtigten Anspruch darauf, daß seine moralische Tragfähigkeit nicht über Gebühr belastet und daß innerpolitische Zündstoffe, aus denen sich Konflikte entwickeln können, beseitigt werden. Wenn alle, die es angeht, sich von der Notwendigkeit durchdringen, diese Aufgabe zu lösen, dann werden die Spekulationen Poincarés trotz allem zuhause werden.

Das Ruhrgebiet u. der passive Widerstand.

Ein Bericht an die Reichsregierung. — Die heruntergewirtschaftete Eisenbahn. — Die Gewalttaten nehmen kein Ende.

Acht Forderungen aus dem Ruhrgebiet. TU. Eibersfeld, 20. Juni. Augenblicklich be-reiten maßgebende Persönlichkeiten aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen aus dem Ruhrbezirk ein Gutachten vor, das der deutschen Regierung in der Frage des passiven Widerstandes überreicht werden soll. Dieses Gutachten umfaßt:

1. Aufgabe der Regie.
2. Rückkehr der Ausgewiesenen.
3. Entlassung der Eingekerkerten.
4. Verzicht auf alle Zwangsmaßnahmen.
5. Beseitigung der Absperrungs- und Kontrollmaßnahmen.
6. Wiederherstellung des Telefon- und Telegraphenverkehrs.
7. Entschädigungen für Verletzte und Tote durch das französische Militär.
8. Entschädigung für weggenommene Privatproduktion.

Der Bericht soll am Mittwoch der Reichsregierung übermittelt werden.

Die Milchwirtschaft der französischen „Regie“.

TU. Köln, 19. Juni. Die „Kölnische Zeitung“ gibt unter der Überschrift „Schlechte Gesetze“ einen Artikel des Kölner Berichterstatters der „Times“ wieder, worin es heißt, daß die Franzosen in letzter Zeit darum so sehr auf den Raub von Eisenbahnmaterial und die Befehung neuer Bahnanlagen aus sind, weil die Regimes das von ihr beschlagnahmte Eisenmaterial so sehr heruntergewirtschaftet hat, so daß sie sich dringend nach neuem umsehen muß. Die Seitengeleise seien überfüllt mit invaliden Wagen und Lokomotiven. Gleichzeitig erfährt der Berichterstatter von zuverlässiger französischer Seite, daß die Regimes der Franzosen ungeheure Geldsummen kosten. Dasselbe gelte von den Zöllen, deren Einkünfte nicht ausreichen, die Gehälter der Angestellten des Eisenerzministeriums zu bezahlen.

Die Verkehrslage im Einbruchgebiet.

TU. Münster, 19. Juni. Der Bahnhof Gelsenkirchen-Schalke ist von den Franzosen wieder geräumt worden. Deutscherseits ist der Verkehr auf der Strecke Gelsenkirchen-Bismarck nach Karnap wieder aufgenommen. Ebenso wurden die Bahnhöfe Wengern und Oberwengern wieder freigegeben. Vom gleichfalls geräumten Bahnhof Bommern haben die Franzosen die Schlüssel zu sämtlichen Gebäuden mitgenommen.

× Essen, 19. Juni. In einer heute veröffentlichten Verordnung des Generals Degoutte werden neue Bestimmungen für die zwangsweise Durchführung der Restitutionsleistungen gegeben. Danach werden Berg- und Hüttenwerke, von denen die für die Restitutionsleistungen angeforderten Gegenstände nicht geliefert werden, in Besitz genommen und entweder von den französischen Kriegsstellen direkt betrieben oder in KonzeSSION gegeben werden. Auf die Weigerung von Restitutionslieferungen stehen Gefängnisstrafen bis zu 15 Jahren und Geldstrafen bis zu 150 Millionen Mark. Personen, die gegen die in Besitz genommenen Werte Sabotageakte begehen, werden mit dem Tode bestraft. Die Direktoren, die solche Sabotageakte nicht verhindern, sollen mit Gefängnis bis zu 15 Jahren und 150 Millionen Mark Geldstrafe be-

Die Reparationsverhandlungen

Die Londoner Presse optimistisch. — Eine freie und freundliche Anpassung der nationalen Gesichtspunkte notwendig.

TU. London, 20. Juni. Theunis dürfte wahrscheinlich bis zur Durchführung der Kabinettsbildung noch einige Tage benötigen. Man hält es jedoch für wahrscheinlich, daß Theunis in der Lage sein wird, die französische Antwort auf den englischen Fragebogen weiterhin zur Prüfung und die belgischen Bemerkungen dazu nach Paris zu senden. Selbst wenn dadurch eine kurze Verzögerung der Antwort auf den britischen Fragebogen eintritt, so sieht man dies hier nicht als schlechtes Omen an. Besonders werden die Blätter von dem wachsenden Wunsch unter den französischen Politikern und Publizisten berauscht, wieder eine völlige Einheit in den Reparationsplänen herbeizuführen. Diese Tendenz hat einen milden opti-

straf werden, falls nicht Todesstrafe wegen Beihilfe an den Sabotageakten in Frage kommt.

Eine neue deutsche Protestnote.

TU. Berlin, 19. Juni. Heute abend wird eine deutsche Note gegen die letzten Ordonanzen der interalliierten Rheinlandkommission veröffentlicht werden.

Von den Franzosen überfahren.

TU. Bochum, 19. Juni. Am 13. Juni wurde in der Hottingerstraße ein 70jähriger Mann von einem französischen Lastwagen überfahren und schwer verletzt.

Meuterei französischer Soldaten.

TU. Essen, 19. Juni. In Langendreer mißhandelten französische Soldaten einen Offizier, der ihnen das Betreten eines von den Kommunisten besuchten Restaurants verboten wollte.

Die Schwarzen im Ruhrgebiet.

TU. Essen, 19. Juni. Schwarze französische Kolonialtruppen stehen südlich von Nierenhof, Kupferdreh und Hattingen.

Vorrücken der Franzosen.

TU. Hagen, 19. Juni. Im Landkreis Hagen haben die Franzosen die Posten bis zur Reitherrbrücke vorgeschoben.

Neue Befehungen.

TU. Dortmund, 19. Juni. In Dortmund haben die Franzosen im Postamt zu den bereits beschlagnahmten Räumen noch 3 weitere Räume zur Unterbringung einer Ingenieurkommission besetzt. — In Bochum beschlagnahmten sie am 15. Juni im Augusta-, Joseph- und Elisabethkrankenhaus zusammen 10 Betten.

Wird Görge begnadigt?

× Mannheim, 19. Juni. Die Angehörigen des zum Tode verurteilten Görge haben ein Gnaden-gesuch an den Präsidenten Millerand gerichtet. Da bei dem Sabotageverbrechen weder Materialschaden noch Menschenleben zu beklagen waren, hofft die Familie, daß ihrem Antrage stattgegeben wird.

Ausweisungen und Verhaftungen.

TU. Langendreer, 20. Juni. Hier erhielten am 17. Juni 11 Eisenbahnerfamilien den Befehl, bis 6 Uhr abends ihre Wohnungen zu verlassen. Die Möbel mußten zurückgelassen werden. Beim Umzug der 11 Familien verhafteten die Franzosen auf einen Befehl von der Straße weg 40 Eisenbahner, die beim Umziehen ihrer Kollegen Dienste geleistet hatten.

TU. Gelsenkirchen, 20. Juni. Soweit hier noch Eisenbahner im Dienst sind, sind sie der größten Willkür der Besatzungstruppen unterworfen. So wurde gestern das Lokomotiv- und Zugpersonal, das nach Buer von Bismarck aus fahren wollte, um einen Kindertransport abzuholen, von belgischen Eisenbahnern mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, den Bahnkörper zu verlassen. Nach ihrer Rückkehr wurden sie einem zweistündigen Verhör unterzogen. — In Gelsenkirchen-Kalle wurden 6 Lokomotiven beschlagnahmt.

mistischen Ton in der britischen Presse herbeigeführt, denn man fühlt, daß die Reparationsfrage eine große Reichweite hat. Aus diesem Grunde wird die Nachricht, daß der britische Fragebogen dem Problem an die Wurzel geht, völlig gebilligt. Zu diesem Punkt bemerkt „Times“: Das Gefühl des Wohlwollens, das wir brauchen, ist nicht eine Empfindung. Es ist unsere Überzeugung, daß eine freie und freundliche Anpassung der beiden nationalen Gesichtspunkte von größter Notwendigkeit für die dringendsten Arbeiten der Beilegung ist und für den Frieden Europas. Aber sie muß beruhen auf gegenseitiger Verständigung und gemeinsamer Anerkennung der großen wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen, die uns alle gleichmäßig angehen.

Der „Temps“ pfeift auf der Friedensschalmeei.

TU. Paris, 20. Juni. Der „Temps“ geht in keinem gestrigen Leitartikel von der Ansicht aus,

daß Deutschland infolge des Zusammenbruches seiner Währung keinen Widerstand nicht länger wird fortsetzen können. Frankreich sei aber nicht in das Ruhrgebiet einmarschiert, um eine Kapitulation Deutschlands zu erzwingen, sondern um Brennstoffe zu holen. Wenn Deutschland jetzt infolge des Widerstandes Frankreichs vor der Katastrophe stehe, so gelte es vor allem, die wirtschaftliche Loslösung der Rheinlande zu regeln.

Amerika und die Finanzlage Europas.

TU. Washington, 20. Juni. Der amerikanische Finanzminister Wellen wird sich Sonnabend nach England einschiffen, um mit Baldwin über die Finanzlage in Europa zu konferieren. Ausland Geddes, der britische Botschafter in Washington, hat gestern ein Zusatzprotokoll zum englisch-amerikanischen Vertrag über die britische Kriegsschuld unterzeichnet.

Amerikas Mitarbeit an der Lösung des Reparationsproblems.

TU. Paris, 18. Juni. Dem „Matin“ zufolge traf gestern in London ein Telegramm aus Washington ein, wonach Harding, der amerikanische Gesandte in London, der im Juli seinen Posten verläßt, von seiner Regierung den Auftrag erhielt, mit dem englischen Kabinett an der Lösung des Reparationsproblems mitzuarbeiten.

Gegen den Marksturz.

Berlin, 19. Juni. Der Reichskanzler hatte, wie die Blätter hören, heute vormittag eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken über die durch den neuen Marksturz geschaffene Lage. Nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen dürfte der „Zeit“ zufolge die Börse allen Anlaß zur Vorsicht haben. Das Ziel der Besprechungen, dessen Erreichung mit Sicherheit angenommen wird, besteht in durchgreifenden und wirksamen Maßregeln zur Beeinflussung der Devisenentwicklung. In dem heute mittag eingetretenen Rückschlag der Devisenkurse scheint bereits ein Reagieren der Baissespekulation auf die in Aussicht stehenden Maßnahmen zum Ausdruck zu kommen. Wie das Blatt betont, sollen die bevorstehenden Maßnahmen diesmal nicht geeignet sein, der Spekulation ein Kaufen auf Vorrat ratfam erscheinen zu lassen. Dem „Vorwärts“ zufolge soll die Ursache des augenblicklichen Rückganges der Devisenkurse eine neue Stützungsaktion der Reichsbank sein.

Amflich wird dazu gemeldet: Beim Reichskanzler fanden gestern und vorgestern eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken statt. Gegenstand der Beratungen waren die Maßnahmen, durch die dem Sturze der Mark Einhalt geboten werden soll. Die Besprechungen ergaben die volle Uebereinstimmung aller Beteiligten, daß der neue Marksturz durch die wirtschaftlichen und politischen Ereignisse wesentlich herabgedrückt worden sei. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, daß die Besprechungen alsbald zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können.

Um den wertbeständigen Lohn.

WTB. Berlin, 19. Juni. Ueber die Frage des wertbeständigen Lohnes fand heute im Reichsarbeitsministerium eine Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer statt. Es ergab sich dabei, daß sich die Absichten des Ministeriums und die Vorschläge der Gewerkschaften ungefähr in gleicher Richtung bewegen. Eine Reihe von Fragen bedürfen noch der Klärung sowohl seitens der Regierung als auch der Gewerkschaften. Man hofft aber, schon im Laufe nächster Woche in gemeinsamen Verhandlungen zur endgültigen Regelung zu gelangen.

Berlin, 19. Juni. Ueber die Frage der Einrichtung wertbeständiger Löhne hielten die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Montag eine Besprechung ab. Den Erörterungen ist dem „Berl. Lok.-Anz.“ zufolge zu entnehmen, daß man das Schlagwort „Goldlöhne“ durchaus ablehnt, weil bei dem gegenwärtigen Stand der Papiermark eine Erreichung von „Goldlöhnen“ einfach unmöglich sei. Zunächst wollten die Gewerkschaften den Gedanken einer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Faktoren zusammengesetzten paritätischen Indextermine verwirklichen. Diese solle allwöchentlich den Index ermitteln, nach dem die Löhne zu regeln seien. Auf diese Weise würden die Löhne allwöchentlich dem ermittelten Index angepaßt werden.

Schwierige Kabinettsbildung in Belgien.

Man drängt auf Abschluß des Ruhrabenteuers?

TU. Paris, 20. Juni. Die Frage, ob die Generallieferanten flämisch oder französisch sein soll, ist noch immer das große Hindernis bei der Bildung des neuen Kabinetts, um die sich Theunis bemüht. Theunis hatte gestern eine Unterredung mit dem liberalen Minister Hymers und dem plämischen katholischen Minister Hellepatta. Nachmittags empfing er den katholischen Minister Rentin und den Bürgermeister von Brüssel May in dem Bemühen ein Kabinetts zu bilden. Die Katholiken treten natürlich für die provisorische Lösung ein, während die Liberalen erklärten, sie würden nur dem Grundgesetz der flämischen Sprache für die Generallieferanten zustimmen. Diese Schwierigkeiten hat Theunis bisher nicht beseitigen können, sodaß man schon glaubt, daß er auf den Austrag zur Neubildung des Kabinetts verzichten wird, wenn seine Bemühungen bis morgen keinen Erfolg haben.

TU. Paris, 20. Juni. Die belgische Ministerfraktion wird in Paris mit steigender Beunruhigung beobachtet. Man scheint immer mehr damit zu rechnen, daß Theunis sich gezwungen sehen wird, auf die Kabinettsbildung zu verzichten. Aus Brüssel verlautet, daß von belgischer Seite mit Nachdruck zum raschen Abschluß der Ruhrbesetzung hingearbeitet wird, damit dann eine völlige allgemeine Herabsetzung der Dienstzeit von 14 Monaten möglich sein wird. Es wird bestätigt, daß in London Unterhaltungen der Botschafter Frankreichs und Belgiens mit Lord Curzon im Gange sind.

Eine Severing-Rede.

In der Dienstagssitzung des Preussischen Landtages befaßte sich der Innenminister Severing mit den von kommunistischer und deutschnationaler Seite gegen ihn gerichteten Angriffen. Er mahnte zur Arbeitsruhe, schärfte die wirtschaftliche Not der Bevölkerung des Ruhrgebietes, sagte den Wucherern den schärfsten Kampf an, beschäftigte sich mit dem Landarbeiterstreik in Schlesien und der Verpflichtung des Staates, Arbeitswillige zu schützen, und erneuerte seine Erklärung, daß er die Feindschaft für staatsgefährlicher halte, die im geheimen rüsten und über Geld und Waffenbestände verfügen, als die Kommunisten, die Kraft nur vorläufigen, und wies den Kampf der deutschnationalen Presse gegen seine Person zurück und forderte dazu auf, den Einfluß der Gewerkschaften zu verstärken. Den breitesten Raum seiner Darlegungen nahm der Kommunistenaufruf an im Ruhrgebiet ein. Er wies nach, wie die Kommunisten die wahren Urheber der Bewegung gewesen sind. Sodann beschäftigte sich der Minister eingehend mit dem Fall Schlogeter und führte dazu aus: „Ich bin den deutschnationalen Herren sehr dankbar für ihre Beförderung um meine Autorität. Aber sie entbehren der aktiven Legitimation. Ich bin nicht der Meinung, daß ein Minister verpflichtet ist, auf die Aufforderung jedes Revolverblattes zu reden. Wenn dann aber die Darstellung so weitergeht, als ob die Sprengstoffkammer vom reinen Willen besetzt sind, die beherrschenden Organe aber, die dagegen einschreiten, mit dem Vorwurf des Landesverrats bestraft werden, dann ist der Zeitpunkt da, wo Schweigen Verbrechen wäre. (Abg. Pader [Dn.]: Wo hat das geandert?) Auch in Ihrer Zeitung. (Zuruf aus der Mitte: Schenken Sie ihm man gar nichts. — Große Heiterkeit.) Gegen Schlogeter ist ein Steckbrief von mir nicht erlassen worden. Die Anzeige hat der Bürgermeister von Kiersdorf erstattet, der den Deutschnationalen nahesteht. (Zuruf rechts.) Ein Brief an das preussische Finanzministerium kam aber dazu nicht beigetragen haben, Schlogeter den Franzosen zu verraten. Es ist so viel wie sicher, daß nicht der Bürgermeister von Kiersdorf, sondern Köhbach, Göh und Schneider Schlogeter verraten haben. (Stürmisches Hört, hört! links, lärmender Widerspruch rechts.) Sie bestreiten dies noch, geben aber bereits zu, für den französischen Spionagedienst in Eßen gearbeitet zu haben. (Stürmisches Hört, hört! links, lärmender Widerspruch rechts.) Sie haben zu haben. (Erneutes Hört, hört! links.) Es ist aber anzunehmen, daß sie erheblich höher bezahlt wurden.

Des Hauses Sonnenschein.

Roman von Irene v. Hellmuth.

3) (Nachdr. verb.)
Und nun sah der Alte da, — drehte den Hut in der Hand und wußte offenbar nicht, wie er beginnen sollte. Eine schwüle Pause entstand. Anneliese konnte ihre Lachlust kaum mehr bezwingen, es zuckte längst verärrerter um ihre Mundwinkel, wenn sie den beinahe hilflos dreinschauenden Alten von der Seite betrachtete. Endlich kam es stöckend von seinen Lippen: „Mein Franzl, — wissens, — der hat sich nicht selber hergetraut, und darum, — na ja, hat er halt mich geschickt. Er läßt nämlich das Fräulein Anneliese fragen, — er möchte gern wissen, — ob — ob das Fräulein seine — Frau werden wollte!“
—
Und rauh, als ob ihm nur der Anfang so schwer geworden wäre, fuhr er in seiner derben und ungeschickten Art fort: „Sie wissen, er ist mein Einziger, und Geld haben wir grad genug, da fehlt schon gar nichts, — und ein feines Leben sollen Sie bei uns führen, — alles, alles sollen Sie haben, was Sie sich nur wünschen.“
Er konnte nicht weiterreden, denn Anneliese lachte jetzt laut auf. Sie stellte sich dicht vor den Alten hin und rief in ihrer übermütigen Weise: „Aber Schneidmüller, hören Sie doch auf! Ich heirate ja überhaupt nicht, — ich liebe bei meinen Eltern! Am allerwenigsten aber nehme ich einen Mann, der nicht mal den Hut hat, mich selbst zu fragen! Sagen Sie das Ihrem Franzl!“
Damit drehte sie sich, noch immer lachend, rasch um und verschwand hinter der Glasiere in dem antiken Zimmer. Der Schneidmüller sah ihr mit offenem Munde verdutzt nach. Frau Minna schüttelte ein wenig mißbilligend den Kopf und warf ihrem Gatten einen Blick zu, in dem deutlich zu lesen stand: „Das hast du nun davon!“

den. Eine preussische Behörde hat nicht nur Schlogeter nicht verraten, sondern die preussische Polizeibehörde hat die Verräter Schlogeters verhaftet. Hatten sie bei seiner Vernehmung gesagt, er habe berechtigten Grund zu der Annahme, daß der Verrat an Schlogeter auf Veranlassung Köhbachs erfolgt ist. (Erneutes stürmisches Hört, hört! links. Zurufe rechts.) Der Minister teilt dann mit, es sei ihm berichtet worden, daß Schneider einen Auftrag hatte, ihn umzubringen. (Stürm. Hört, hört! links.) So sieht die Gesellschaft aus, die in den Sprengstoffkammern gearbeitet haben. Ich will nicht sagen, daß die Deutschnationale Freiheitspartei nur aus Lumpen besteht, Lumpen sitzen überall, das Unerhörteste ist aber, daß diese Lumpen von Ihnen (nach rechts) geschützt werden. (Großer Lärm rechts. Stürm. Zustimmung links. Der Abg. Graf Arnkum [Dn.] schlägt erregt auf den Brustkorb und ruft: Unerbört, wer tut das?) Ihre Presse hat es getan! Neue stürmische Unterbrechungen bei den Deutschnationalen. Zuruf: Unerbört und Unerkämmt!

Der Minister macht weiter Mitteilungen, die sich inhaltlich mit den Mitteilungen des „Vorwärts“ in der Morgennummer des Dienstag decken. „Es handelt sich um das Wohl der deutschen Bürger.“ Der Minister fordert alle auf, die guten Willens sind, zur Erreichung dieses Zieles zusammenzustehen. (Geßelter Beifall in der Mitte und links. Zwischen, große Unruhe und Zurufe bei den Deutschnationalen.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 19. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung wurde die Novelle zum Verdrängungsgesetz, die die Entschädigungsfrage der Geldentwertung anpaßt, in zweiter und dritter Beratung ohne Erörterung angenommen.

Der Gesetzentwurf, durch den der Rapallo-Vertrag auf die Sowjetrepublik Ukraine, Weiß-Rußland, Georgien, Aserbeidschan, Armenien und die Republik des Fernen Ostens ausgedehnt wird, kommt ohne Debatte in allen drei Lesungen zur Annahme.

Dann wurde die zweite Sitzung der

Novelle zum Landessteuergesetz fortgesetzt.
Abg. Merck (B. Vp.) stimmte trotz vieler Bedenken der Vorlage zu, verlangt aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzverwaltung mit dem Ziel, den Ländern und Gemeinden die Steuerhoheit in gewissem Umfang wieder zu verschaffen.

Abg. Herold (Zentr.) bedauerte, daß die Kritiker der Vorlage nicht in der Lage gewesen seien, Verbesserungen vorzuschlagen. Bei der jetzigen Finanznot könnte natürlich kein Steuergesetz durchaus befriedigend sein. Den Gemeinden würde aber mit der unveränderten Annahme der Ausschussvorlage ein großer Dienst erwiesen.

Abg. Feine (Soz.) beantragte einen Antrag auf Befreiung der Genossenschafts- und Konsumvereine von der Umsatzsteuer.

Damit schließt die Aussprache. Unter Ablehnung aller Änderungsanträge wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen. Angenommen wird ferner folgende von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Entschärfung:

Die Reichsregierung wird erbracht, mit allen Kräften eine organische Neuordnung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Ländern in der Richtung in Angriff zu nehmen, daß die bisherige Aufsichtsmäßigkeit beseitigt und den Ländern und Kommunen die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung zurückgegeben wird. Zu diesem Zweck ist eine klare Verteilung der Steuerlasten zwischen dem Reich und den Ländern erforderlich; dem Reich als dem in erster Linie in Frage kommenden Träger der Kriegslasten ist hierbei der erforderliche Vorrang zu sichern. Die in öffentlichen Händen befindlichen Betriebsverwaltungen dürfen von den allgemeinen Steuerlasten nicht ausgenommen werden.

Die Novelle zum Besoldungsgesetz ist von der Regierung zurückgezogen worden. Statt dessen wird die Verlängerung des Gesetzes bis zum 1. April 1925 beschlossen.

Darauf vertagte sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr. Tagesordnung: Gesetz über die Sicherung der Bratverjorgung und kleinere Vorlagen.

Der Reichstagsausschuss für Post- und Telegraphengebühren.

beschäftigte sich am Montag mit dem Entwurf einer Änderung der gesetzlichen Postgebühren (ab 1. Juli), nachdem dieser die Zustimmung des Verkehrsbeirates beim Reichspostminister um und des Reichsrates gefunden hat. Nach kurzer Beratung wurden die neuen

Postgebühren und Zustandspostgebühren angenommen. Hiernach wird der als Ausgangspunkt der Tarifbildung im Briefverkehr dienende Gebührensatz für den einfachen Fernbrief von 100 auf 300 M. erhöht, also verdreifacht. Die gleiche Erhöhung kommt auch auf die übrigen Briefgebühren. Der bisher niedrigste Gebührensatz für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe mit höchstens 5 Worten niedergeschrieben sind, ist beleuchtet worden. Für Pakete ist die Erhöhung mäßiger gestaltet. Die Versicherungsgebühr bei Wertsendungen soll bei Wertbriefen und unversiegelten Wertpaketen 100 Mark für je 10 000 Mark der Wertangabe betragen. Bei unversiegelten Wertpaketen, deren Wertgrenze zur Befriedigung des vorliegenden Bedürfnisses gleichzeitig von 100 000 auf 500 000 M. heraufgesetzt wird, wird nur die Hälfte dieses Satzes erhoben. Ebenso kommt für die nicht versicherten Wertpakete die Einschreibgebühr in Wegfall. Der Höchstbetrag für die Postanweisungen wird in Anpassung an die Geldentwertung von 100 000 auf 500 000 M. erhöht. Die Gebühr für den einfachen Zustandsbrief wird von 300 auf 800 M. erhöht, woraus sich zwangsläufig für die Zustandspostarten ein Satz von 480 und für die einfache Zustandsdrucksache ein solcher von 160 M. ergibt. Von einer Verdreifachung der Zustandsgebühren ist abgesehen worden, um den vielfach geäußerten Wünschen, die Druckfachen nach dem Zustande zu schonen, entgegen zu kommen. Als Grundgebühr für jedes Ferntelegramm wurden 400 M., als Wortgebühr 200 M., und für Orts- und Presseferrogramme 200 M. als Grundgebühr und 100 M. als Wortgebühr festgesetzt. Der Teuerungszuschlag für Fernpostgebühren wird von 2900 auf 14 900 Prozent erhöht.

Deutsches Reich.

Die neuen Bezüge der Beamten und Angestellten.

Berlin, 19. Juni. Die Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten und Angestellten haben heute abend zu einer Verständigung geführt. Der Teuerungszuschlag wird auf 6400 v. H. ab 16. Juni erhöht. Die Frauenzulage beträgt künftig 64 000 Mark. Die Besoldungsskala ist für alle Ortsklassen gleichmäßig auf 80 000 M. festgesetzt. Die Auszahlung der Bezüge soll mit größtmöglicher Beschleunigung erfolgen.

Die Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 19. Juni. In der heutigen Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnrates sprach sich die Mehrheit des Ausschusses für die von der Verwaltung vorgesehene Erhöhung der Gütertarife um 250 Prozent aus. Einer Erhöhung der Personentarife zum 1. Juli d. J. um 300 Prozent für die erste und zweite Klasse und um 200 Prozent für die dritte und vierte Klasse wurde mit beträchtlicher Mehrheit zugestimmt. Die Entscheidung des Reichsverkehrsministers steht noch aus.

174%ige Großhandelspreise.

TU. Berlin, 20. Juni. Infolge des neuen Marktkurses hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes von dem 12 393fachen des Vorkriegsstandes am 5. Juni auf das 17 996fache oder um 41,2 von 100 am 15. Juni gehoben. Von den hauptsächlichsten Gruppen stehen in größter Schwankung die Lebensmittel um 45, 2 von 1, die Industriefabrikate um 35,7 von 100, ferner die Inlandswaren um 35,4 von 100 und die Einfuhrwaren um 60,3 von 100.

Wo stecken die Kartoffeln?

Berlin, 19. Juni. Auf mehreren Wochenmärkten Groß-Berlins kam es heute vormittag wegen des Fehlens jeglicher alter Kartoffeln zu erregten Szenen. Es wurden nur italienische neue Kartoffeln für 2600 Mark per Pfund überall reichlich angeboten. Dank dem Eingreifen der Polizei konnten Tumulte und Plünderungen verhindert werden. Der Leiter der Wucherabteilung beim Berliner Polizeipräsidium erließ eine Runddepeche an alle Reviere, in der die Bereitstellung von Polizeimannschaften zur Verstärkung der

Kriminalbeamten angeordnet wird, weil Durchsuchungen stattfinden sollen, um etwa zurückgehaltene Kartoffelvorräte zu beschlagnahmen. Auch das Landespolizeiamt Preußen hat alle ihm unterstellten Organe in Stadt und Land angewiesen, gleichfalls Nachforschungen anzustellen und zurückgehaltene Kartoffeln zu beschlagnahmen, zumal noch vor wenigen Wochen in landwirtschaftlichen Kreisen eine Konferenz darüber abgehalten worden war, wie man die ungeheuren Kartoffelmengen aus der letzten Ernte unterbringen soll.

Berschiedene Nachrichten.

Die Aetna-Katastrophe.

Zunehmende Tätigkeit des Vesuvio.

Mailand, 19. Juni. Die Nachrichten über den Ausbruch des Aetna lassen erkennen, daß die Lage bedeutend ernster ist, als man auf Grund der ersten Meldungen vermuten konnte. Die Lava rührt große Bergehörungen an. Die großen Ortshäfen Pisciotti, Pallanocata und Ferro sind vollständig in Lava-massen begraben. Ein weiterer Arm bewegt sich mit einer beschleunigten stündlichen Geschwindigkeit von 60 Metern in westlicher Richtung. Die Bauern sähen in Scharen. Die Aufregung ist ungeheuer groß. Nach den neuesten behördlichen Telegrammen ist auch der Bahnhof von Castiglione unmittelbar bedroht. Die umliegenden Häuser sind geräumt worden. Die Eisenbahnhöfen und die Landstraßen sind gesperrt.

TU. Rom, 20. Juni. Das Unheil, das durch den Ausbruch des Aetna auf Sizilien entstanden ist, scheint von großer weittragender Bedeutung zu sein. Mussolini hat deshalb dem Minister für öffentliche Arbeiten Vollmacht gegeben, eine sofortige Unterstützungsaktion zu bewirken. Er wird selbst nach Sizilien reisen, sobald er nach Florenz zurückgekehrt ist. Mussolini wird vermutlich den Wiederaufbau der zerstörten Ortshäfen selbst leiten. Bis jetzt sind bereits 25 000 Familien unterzubringen, doch wird sich die Zahl in die Hunderttausende erhöhen, wenn der Ausbruch sich noch weiter ausdehnt. Fünf Krater haben sich jetzt gebildet, die von Lava überfließen. Diese nehmen stündlich 1000 Fuß Boden in Anspruch. Messina wird durch den diesmaligen Ausbruch kaum berührt werden. Vunguoglossa ist schon von Lava fast ganz eingeschlossen.

TU. Rom, 20. Juni. Aus Neapel wird gemeldet, daß seit 24 Stunden sich auch im Vesuvio eine gewisse vulkanische Tätigkeit bemerkbar macht. Die Rauchentförmungen haben bedeutend zugenommen.

Neue überraschende Besserung des Marktkurses in Newyork.

TU. Newyork, 20. Juni. An der gestrigen Börse trat eine überraschende Besserung des Marktkurses ein. Die Schlussnotierung entsprach einem Dollarstand von 122 177 gegenüber 158 416 am Vortage.

Erneute Kabinettskrise in Frankreich?

Paris, 19. Juni. Poincaré hat dem „Deure“ zufolge auf die Demarche der vier der radikalen Partei angehörenden Staatssekretäre, möglicherweise aus der Regierung auszutreten, geantwortet, daß, wenn sie demissionieren würden, er selbst genötigt sei, mit dem ganzen Kabinetts zurückzutreten.

Es ist wahrscheinlich, daß im Senat heute eine Debatte über die Innenpolitik der Regierung eingeleitet wird.

Der Kampf um die Inderbesoldung in Wien.

Wien, 18. Juni. Der Kampf um die Inderbesoldung der Staatsbeamten scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Streitdrohung der Beamten, demissionen abzugeben, hat die Regierung zum Nachgeben gezwungen, daß die Beamten bis zum Jahresabschluss auf die Anwendung des Indergesetzes verzichtet und bietet ihnen dafür 200 Millionen Kronen zu Gehaltssteigerungen, ein Betrag, den die Beamten als viel zu niedrig bezeichnen. Die Ablicht der Regierung, aus diesem Anlaß die Spannung zwischen den Gehältern der obersten und untersten Beamten zu vergrößern, gilt als gescheitert. Bemerkenswert zu werden verdient, daß in der Industrie in diesen Tagen neue Lohnabmachungen mit den Beamten und Arbeitern unter der Bedingung abgeschlossen wurden, daß Änderungen im Inder ohne Rückwirkung auf die Bezüge bleiben.

mer als die Tapfere auf, aber wenn sie allein und unbeobachtet war, dann vertiefte sie der Mut, den sie stets zur Schau trug. Als sie das Wohnzimmer betrat, fand sie ihren Mann am Tische sitzend, den Kopf in die Hand gestützt, mit trübenden Augen vor sich hinstarrend. „Wäre es nicht besser, wir sagten der Anneliese, wie es um uns steht?“ begann sie sogleich. Er fuhr erschrocken auf.
„Um keinen Preis werde ich das zugeben!“ rief er mit einer Heftigkeit, die Frau Minna gar nicht an ihm gewöhnt war. „Soll das Mädel um unsertwillen einen Mann nehmen, den es nicht liebt? Ich hätte keine ruhige Stunde mehr!“
„Aber weshalb muß Anneliese denn unbedingt mit Franz Gudenring unglücklich werden?“ beharrte Frau Minna. „Wenn alle kleinsten Sorgen nicht an sie herankämen, wenn sie sich jeden Luxus gestatten kann, warum sollte sie sich denn nicht einleben? Ich bin überzeugt, der Franz würde sie auf Händen tragen und für uns würde er gewiß sorgen. Wir müssen doch auch an unsern unglücklichen Kurt denken, — was soll aus ihm werden, wenn?“
Sie hielt erschrocken inne, als sie in das bleiche, sorgenvolle Gesicht des Gatten sah, und es war ihr, als hätte sie schon zu viel gesagt.
„Sprich es nur unumwunden aus, was du denkst, Minna!“ begann er ruhig. „Wenn wir von hier fort müssen, wenn wir das Gut nicht mehr halten können, dann sind wir Bettler!“ — Aber so schnell lasse ich mich nicht entmutigen. Einen Posten als Inspektor finde ich immer noch. Not werden wir deshalb nicht leiden! Ich werde zunächst meinen Inspektor entlassen, das Gehalt für denselben kann ich sparen. Was ich tun kann, den völligen Bruch aufzuhalten, soll gewiß geschehen.“
Frau Minna weinte still.
„Du als Inspektor in fremder Leute Dien-

sten?“ rief sie entsetzt. „Mache mir nur nicht weiß, daß du dich dabei wohl fühlen könntest! Es wäre gerade so, als sollte ich irgendwo Wirtschaftsmannschaft spielen!“
„Nimmer noch besser, als mein Kind, meinen kleinen Sonnenschein, unglücklich zu wissen, weil ich es zu einer Heirat dränge, die für mich Vorteile brachte! Nein — nein — und tausendmal nein! Das wird nicht geschehen, so lange ich es verhindern kann! Anneliese soll dem Zuge ihres Herzens folgen, soll den Mann nehmen, den sie liebt, ohne auf uns zu sehen!“
„Ach, lieber Ernst, es sind auch solche Ehen, die aus Liebe geschlossen wurden, schon oft unglücklich ausgefallen.“
„Gewiß — aber wir brauchen uns dann keinen Vorwurf zu machen.“
„Und wenn es uns trotz aller Sparsamkeit nicht gelingt, das Gut zu halten, was dann? Muß Anneliese dann nicht die Wahrheit erfahren? Vielleicht macht sie uns dann Vorwürfe, daß wir ihr nicht abhören ließen, wie es steht.“
„Vielleicht hat bis dahin ihr Herz gesprochen und sie den Mann gefunden, mit dem sie glücklich zu werden hoffen darf. Wer kann heute in die Zukunft schauen! — Wenn wir heute eine gute Ernte haben, dann kann ich die dringenden Gläubiger befriedigen — es gilt eben, die Hypothekenzinsen rechtzeitig aufzubringen. Die Preise allerdings steigen, aber auch unsere sämtlichen Artikel werden gut bezahlt. Freilich, viel ist eben nicht herauszuwirtschaften. Auch für Kurt muß etwas geschehen; denn wie ich höre, ist der alte Kessler schwer krank. Wenn die Krankheit lange anhält, oder er kann den Unterricht überhaupt nicht mehr fortsetzen, so müssen wir eben sehen, einen Hauslehrer zu bekommen. Ich denke, das wird sich wohl viel nicht kosten, weil wir ihm doch volle Verpflegung bieten können.“
(Fortsetzung folgt.)

Zentrumsanträge zum Disziplinargesetz für die Wehrmacht

Dem 15. Ausschuss, der z. Zt. den Entwurf eines Disziplinargesetzes für die Wehrmacht berät, liegen zu den Einzelvorschriften eine Reihe von Änderungsanträgen des Berichterstatters, Abg. Dr. Bell (3.) vor, die vor allem die Regelung des Disziplinarverfahrens und eine bessere Ausgestaltung des Beschwerdewerfahrens bezwecken. Ein weiterer Antrag des nämlichen Abg. zu § 52 Abs. 4, geht dahin, daß an den Untersuchungsverhandlungen auf Antrag des Beschuldigten ein vom höheren Befehlshaber zu bestimmender Beisitzer von der Rangklasse des Beschuldigten teilzunehmen hat. Weiter ist von ihm zu dem die Öffentlichkeit des Verfahrens betr. § 29 die Hinzufügung der Bestimmung beantragt worden, daß die Verhandlungen über den Ausschluß oder die Beschränkung der Öffentlichkeit nebst den Gründen in öffentlicher Sitzung bekannt zu geben ist. Dieser Antrag bezweckt, den gegen die einschlägigen Vorschriften der Vorlage über den Ausschluß der Öffentlichkeit entgegengebrachten Bedenken Rechnung zu tragen. Zugleich ist vom Berichterstatter zu § 2 Ziffer 2, wonach das förmliche Disziplinarverfahren sich auch über Handlungen und Unterlassungen erstreckt, durch die sich ein Soldat der Achtung, die seine Berufsausübung erfordert, unwürdig erweist, (Unwürdigkeits-handlungen) die Hinzufügung folgenden wichtigen Absatzes beantragt worden: „Welche Handlungen als Unwürdigkeits-handlungen anzusehen sind, ist nach dem Einzelfall zu beurteilen. Insbesondere muß eine Unwürdigkeits-handlung angenommen werden, wenn die Voraussetzungen des § 76 Abs. 2 des Reichsbeamtengesetzes in der Fassung des Gesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik vom 21. Juni 1922 (Reichsgesetzblatt Teil 1, Seite 5907) entsprechend bei einem Soldaten vorliegen. Andererseits sind die Unterlassung einer Herausforderung zum Zweikampf oder die Ablehnung einer Herausforderung zum Zweikampf keine Unwürdigkeits-handlungen.“ Besonders der Schlussatz regelt die vielumstrittene Duellfrage, deren Regelung längst erwünscht ist. — Der Ausschuss beschloß in seiner Sitzung vom Dienstag, das wegen des reichen sonstigen Verhandlungsstoffes auf eine Verabschiedung des Gesetzes vor den Ferien unmöglich gerechnet werden kann, die weitere Beratung bis nach Beendigung der Sommerpause auszusetzen.

Aus dem Münsterlande.

Behta, 20. Juni.

— Auf dem Bundeskriegertag in Lohne erhielten folgende Vereine Auszeichnungen: 1. Fahnenmedaillen: a) für 50 Jahre: Kriegerverein Augustsehn-Botel, Kriegerverein Jever; b) für 25 Jahre: Marineverein Brommy in Brake, Kriegerverein Dinklage, Kriegerverein Falkenburg, Kriegerverein Linswege-Petersfelde-Garnholt, Kriegerverein Log-Barghorn, Kampfgenossenschaft Strüthausen, Kriegerverein Barnefeld. — 2. Kriegerverein Verdienstkreuz: 1. Schmiedemeister Brandes-Altenhutorf, 2. Eisenb.-Oberhändler Bruns-Nordensham, 3. Gustav Büsing-Hude, 4. Hermann Claus-Oberlethe, 5. Berwalter Deharde-Brake, 6. Emil Ebert-Jever, 7. H. Förstesen-Delmenhorst, 8. Gerichtsvollzieher Fortkamp-Barel, 9. Padineiser Formann-Lohne, 10. Gutsbesitzer Ed. von Fricke in Bomhof, 11. Zollsekretär Gansmann-Barel, 12. Friseurmeister Grönte-Oldenburg, 13. Kaufmann von Grönheim-Lindern, 14. Landwirt Grube-Altenhutorf, 15. Dietrich Haase-Donnerstee, 16. Stellmachermstr. Hamjediers-Linswege, 17. Kapitän Harten-Sengwarden, 18. Schmiedemeister Helmers-Bürgerfelde, 19. Schmiedemstr. Hilljegerdes-Ofen, 20. Schuhmachermstr. Imken-Bochhorn, 21. Landwirt Janßen-Ollige-Scharrel, 22. Johann Knappewert-Osterfeine, 23. Kaufmann Knipper-Laftrup, 24. Gerichtsvollzieher Lürßen-Blexen, 25. Assistent Monte-Behta, 26. Bäckereimeister Meyer-Nordloh-Lange, 27. Kaufmann Meyer-Gloppenburg, 28. Landwirt Meyer-Mehrenkamp, 29. Maschinist Müller-Jever, 30. Johann Deeken-Schönemoor, 31. Landw. Orlén-Wieselstebe, 32. Justizoberwachtmstr. Raapke-Barel, 33. Bäckermstr. Rahtjen-Nadorst, 34. Dienstmann Reis-Osternburg, 35. Landw. Rüdewisch-Ohmstede, 36. Holzwärter Schnier-Falkenburg, 37. Tischlermstr. Schröder-Oldenburg, 38. Vdm. Gerh. Schulte-Elisabethsehn, 39. Landwirt Schwarting-Gruppenbüren, 40. Tischlermeister Stiefen-Barel, 41. Hauptlehrer Stöver-Edwarden, 42. Gutsbesitzer Tapten-Hahn, 43. Zimmermann Thelen-Kütringen, 44. Maschinenmstr. Tilly-Gloppenburg, 45. Kirchenrechnungsführer Tücken-Oldenburg, 46. Gerhard Wardenburg-Peterssehn, 47. Landwirt Wente-Buttel, 48. Herrmann Wübbenhorst-Hude.

— Neue Briefmarken zu 30 und 50 Mark werden zur Zeit im Muster der Bergarbeitermarken auf weißem Waffelpapier in olivgrüner und hellblauer Farbe hergestellt. Die Ausgabe erfolgt nächste Woche.

— Weiterverleihung des eisernen Kreuzes. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, die seit dem 1. Januar 1922 eingefüllten Verleihungen des Eisernen Kreuzes wieder aufzunehmen. Berücksichtigung finden nur noch Personen, die im Frontdienst gestanden haben und zum ersten Male vor dem 1. Dezember 1919 eingereicht worden sind. Kriegsgefangene, die erst später zurückkehrt sind, müssen spätestens drei Monate nach ihrer Rückkehr eingereicht worden sein. Personen, bei denen diese Voraussetzungen zutreffen, können ein Verleihungsgesuch einreichen, in dem die Tatsachen anzugeben sind, welche die Verleihung rechtfertigen. Dem Gesuch ist eine Aeußerung des Feldvorgesetzten beizufügen, die sich darüber auszusprechen hat, daß die im Gesuch angegebenen Tatsachen zutreffen, daß eine Einreichung bereits vor dem 1. Dez. 1919 stattgefunden hat, und daß die Verleihung befürwortet wird. Ferner ist dem Gesuch Rangliste, Stammtafel oder Paß beizufügen. Gesuche, die den genannten Anforderungen nicht voll entsprechen, bleiben unberücksichtigt.

— Neuenkirchen, 20. Juni. Laut Beschluß

der Generalversammlung ist die diesjährige Bezirksversammlung der vereinigten Abteilungen auf Mittwoch, 22. August festgesetzt. Die Versammlung wird auf dem herrlichen Meyerhofe in der Nähe von Neuenkirchen abgehalten werden. Die Kommission ist gewählt und rühmig an der Arbeit. Wenn der Himmel gutes Wetter gibt, wird die Versammlung gut ausfallen. (Siehe Anzeige.)

— Garrel, 19. Juni. In der Nacht zum 12. d. Mts. sind dem Kaufmann Theodor Tapten mittels Einbruch ein Herrenfahrrad, Marke „Mars“, ein Damenfahrrad, Marke „Horizont“, ferner 14 Schläuche und 6 oder 7 Decken gestohlen worden. Auf die Herbeischaffung der Räder hat der Geschädigte 200 000 M. Belohnung ausgesetzt.

— Cappeln, 19. Juni. In letzter Zeit ist dem Zeller Joseph Meyer hier, von seiner Weibe eine Eupferne Pumpe gestohlen worden.

— Düngstrup, 18. Juni. Hier hielt kürzlich der Pferde- = Versicherungs- = Verein Düngstrup und Umgegend eine gut besuchte Versammlung ab, worin wesentliche Veränderungen in der Geschäftsführung beschlossen wurden. Die überholten Versicherungssummen machen eine Neueinschätzung notwendig, die noch in dieser Woche (s. gestrige Anz.) stattfinden sollen. Augenblicklich kann die Versicherungssumme bis zu 30 Mill. betragen, kann aber nach den jeweiligen Verhältnissen vom Vorstand und Schätzern prozentual erhöht werden. Der Beitrag soll fortan nur bei eintretendem Schaden, der sofort bezahlt wird, erhoben werden. Es liegt im Interesse eines jeden Pferdebesitzers, seine Pferde in diesen Terminen nachschätzen resp. neu aufnehmen zu lassen, ist doch kaum einer in der Lage, in jetzigen Verhältnissen sich bei eintretenden Unglücksfällen Ersatz zu beschaffen.

— Sandkrug, 20. Juni. Vorsicht bei Bettlern. Hier stahl ein Bettler einer alten Frau ein Paar neue Schuhe vom Schrank, als die gutmütige Frau im Begriff stand, dem Bettler ein Stück Speck zu holen. Leider konnte der Dieb entweichen.

— Bökel, 18. Juni. Vom 9. bis 17. Juni wurde hier eine heilige Mission abgehalten von den Franziskanerpatern Annizeus, Meletius und Kunibert. Diefelbe konnte in der neuen schönen geräumigen Kirche abgehalten werden. Trotz des schlechten Wetters war die Beteiligung eine allgemeine. — Am 21. Juni wurde ein neuer schöner Kreuzweg eingeweiht, ein Geschenk einer Wohltäterin aus Amerika, die zufällig hier auf Besuch kam und der Einweihung beiwohnen konnte. — Am 22. Juni tagte in Hohen Gasthause eine vom Herrn Amtshauptmann geleitete Versammlung wegen elektrischer Lichtanlage. Ein Fachmann referierte darüber und fand allgemeinen Beifall.

Aus dem Norden.

Oldenburg, 20. Juni.

(—) Ein aufregende Jagd gab es dieser Tage in Denerdief. Ein junger Bengel bedrohte seine Mutter mit dem Rasiermesser, sodaß diese flüchtete und um Hilfe rief. Es mußte Gendarmen zu Hilfe gerufen werden, die erst nach längerem Kampfe den widerspenstigen Burken festnehmen konnte. Da man annimmt, daß der Junge geisteskrank ist, wurde er zunächst der Irrenanstalt überwiesen.

(—) Die Leiche des verschundenen Kaufmanns Pundt wurde Montag mittag zwei Kilometer jenseits der Frauenbadeanstalt von einem Schiffer aus der Junke gezogen, der sofort die Gendarmen benachrichtigte. Sie war an Händen und Füßen gebunden, Wertgegenstände wie Uhr und Brieftasche, waren jedoch vorhanden. Die Fesseln sollen nicht sehr fest gewesen sein. Die Gendarmen sorgte für Ueberführung der Leiche zum Peter-Friedrich-Ludwigs-Hospital, wo eine Untersuchung stattfindet. Sie wird hoffentlich Aufklärung in die Angelegenheit bringen.

(—) Schon wieder ein junger Mann verschunden. Seit Freitag wird ein 18jähriger junger Mann aus der M.-Straße vermißt, der in einem hiesigen Bureau tätig war. Man hat auch in diesem Falle keine Anhaltspunkte, die das Verschwinden erklärlich machen.

(—) Deffentliche Bibliothek. Verleihbar werden vom 25. Juni ab: 1. Albert von Borjig, Motive deutscher Notgeldscheine. 2. Wissenschaftliche Forschungsberichte 1914—1920. Bd. 9: Englische Sprachkunde, bearbeitet von Johannes Hoops. 3. Giovanni Giolitti, Denkwürdigkeiten meines Lebens. Uebersetzt von Wolfgang C. Ludwig Stein. 4. Das Register Innocenz' III. über die Reichsfrage 1198—1209. In Auswahl überseht und erläutert von Georgine Langl. 5. Nauticus. Jahrbuch für Deutschlands Seereisen. Jahrgang 17, hrsg. von Vizeadmiral a. D. Hollweg. 6. Griechische Tragödien, übers. von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorf. 12: Sophokles, Philoktetes. — 13: Euripides, Die Bakchen.

— Schweiburg, 19. Juni. Gestern abend ist in Achtermeer bei Schweiburg das große landwirtschaftliche Anwesen des Landmanns Sommer ein Raub der Flammen geworden. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Kurzschluß in der neuerbauten Scheune zum Ausbruch gekommen. Sowohl die neue Scheune als auch das Wohnhaus sind abgebrannt. U. a. wurden durch das Feuer vier Schweine derartig verbrät, daß sie nicht geschlachtet werden mußten. Der Eigentümer Sommer befand sich während des Brandes nicht zu Haus, es waren nur zwei Frauen anwesend.

Delmenhorst, 20. Juni.

* Wegen Trunkenheit mußten zwei Personen am hellen Tage in Schutzhaft genommen werden. * Diebstahl. Sonntag abend ist einem jungen Manne auf einer Tanzfestlichkeit in Dwoberg eine silberne Uhr mit Kette abhanden gekommen. — Drei Schulmädchen haben einer Frau aus deren

Handtasche 200 000 M. entwendet. Dasselbe Mädchen versuchten die Mädchen in einem hiesigen Geschäft. — Auf der Fahrt von Oldenburg nach Esleth wurde einer Frau aus der Handtasche ein größerer Geldbetrag und diverse Papiere entwendet.

Nah und Fern.

— Altona (Elbe), 20. Juni. Der Spionage-Abwehrendienststelle sind gestern zwei Defektoren der französisch-belgischen Ruhrarmee zugeführt worden. Die beiden Flüchtigen waren in Barmstedt mittellos aufgegriffen und dann in einem Lager in Magdeburg interniert worden, wo sie im Mai wieder entwichen. Sie konnten in Barmstedt wieder aufgegriffen werden.

— Burg (Dithm.), 20. Juni. Wucher auf dem Schweinemarkt. Festgenommen wurde in Hamburg der Viehhändler Holler von hier, weil er auf dem letzten Hamburger Schweinemarkt 48 Schweine, die er mit 7600 M. pro Pfund Lebendgewicht gekauft hatte, zum Preise von 9000 und 10 000 M. pro Pfund verkaufte. Als Mittäter kommt der Viehhändler Thobens in Frage, bei dem 12 Millionen Mark übermäßiger Gewinn beschlagnahmt wurden.

Handel und Wirtschaft.

Berlin, 19. Juni. Amtliche Devisenkurse.

Telegraph. Auszahlungen	Geld	Summe	Brief	Vor. Not.	Friedenswert
Holland 1 fl.	54983,—	54987,—	57855,—	58145,—	1,6874
Belgien 1 fr.	7881,50	7418,50	7905,—	7945,—	0,81
Dänemark 1 kr.	25037,—	25183,—	26334,—	26486,—	1,125
Schweden 1 kr.	37167,—	37293,—	39102,—	39298,—	1,125
Italien 1 lire	6859,—	6891,—	6783,—	6817,—	0,81
Engl. 1 Pf.	643887,—	646613,—	680793,—	684207,—	26,43
Ver. Staat. 1 \$	139659,—	140350,—	147699,—	148970,—	4,20
Frankreich 1 fr.	8708,—	8747,—	9228,50	9285,50	0,81
Schweiz 1 fr.	25087,—	25213,—	26583,50	26886,50	0,81
Spanien 1 Ptas.	20847,50	21052,50	21945,—	22055,—	0,81
Di.-Deft. 100 M.	219,45	220,55	207,97	209,03	85,08

Berliner Getreidemarkt am 19. Juni. Weizen, märkischer 240 bis 245 000, pommerischer 225 bis 240 000 M., mecklenburgischer 228 bis 230 000 M., Roggen, märkischer 170 bis 175 000 M., sächsischer 173 000 M., Gerste, märk. Sommer 170 bis 175 000 M., Hafer, märkischer 160 bis 165 000 M., pommerischer 158 bis 160 000 M., Mais, waggongfrei Hamburg 180 000 M., Weizenmehl 600 bis 670 000 M. (für die 100 Kilo), Roggenmehl 480 bis 500 000 M. (für die 100 Kilo), Weizenkleie 98 bis 100 000 M., Roggenkleie 98 bis 100 000 M.

Bremer Getreidenotierungen, 19. Juni (Mitgeteilt von der Firma Plump u. Hege.) Gegen 6 Uhr abends wurden heute notiert (nicht amtlich) und zwar Lieferung prompt, soweit nicht anders angegeben: Königsberger Weizen per Juni 000 000 M., amer. Manitoba-Weizen p. Mai-Juni-Abid. 360 000 M., inländisch, Roggen prompt 210 000 M., p. Juni — 000 M., ausländischer Reval-Roggen 00 bis 00 kg. 000 000 M., desgl. per Mai 000 000 M., La Plata clipped-Hafer 000—000 000 M., amerikanischer White-clipped-Hafer 280 000 M., Donau- oder Schwarzmeer-Gerste (66—67 kg.) 230 000 M., desgl. (60 bis 61 kg.) per Juni 230 000 M., amerikan. Mais-Gerste prompt 215 000 M., amer. Wild Mais prompt 240 000 M., Alles per Sester per Kasse, ab Bremen oder Unterdeckerhöfen, bei Bezug von Waggongladungen.

Köln Schlachtviehmarkt am 18. Juni. Auftrieb: 318 Ochsen (6000—8000), 139 Bullen (7000—8000), 585 Kühe und Färren (5400—8000), 1342 Kälber (6000 bis 9000), 291 Schafe (5000—7000), 1535 Schweine (8500 bis 9500 M. je 1 Pfd. Lebendgewicht). Das Geschäft war in Ochsen, Färren, Bullen, Rälbern u. Schweinen flott geräumt; in Schafen schleppend; Ueberflut.

Hamburger Schlachtviehmarkt vom 19. Juni. Auftrieb: 2918 Schweine, 1765 Kälber. Schweine 1. Beschaffenheit 10 000 M., 2. 9800—10 000 M., 3. 9800 M., 4. 8500—9500 M.; Säuen 1. Beschaffenheit 10 000 M., 2. 9000—9500; Kälber 1. Beschaffenheit 8500—9200 M., 2. 7500—8400 M., 3. 6000—7000 M., 4. 5000—6000 M. Das Geschäft in beiden Gattungen war lebhaft.

1000 deutsche Papiermark waren am 18. Juni im Umstande wert: Holland 2,9; England 3; Amerika 2,8; Frankreich 3,7; Schweiz 3; Italien 11,9; Schweden 2,8; Dänemark 4,2 und Belgien 10 Goldpfennige.

Vor einer neuen Stützungsaktion? Berlin, 19. Juni. Heute verkaufte an der Börse, daß die Reichsbank auf dringende Intervention der Gewerkschaften auf gewisse Regierungsstellen hin beabsichtigt, den augenblicklichen Rückgang der Devisenkurse durch eine neue Stützungsaktion zu beschleunigen. Während der Festsetzung der amtlichen Kurse erfolgten bereits von bestimmter Seite, offenbar im Auftrage der Reichsbank, größere Abgaben an ausländischen Zahlungsmitteln.

Letzte Nachrichten.

Ein deutscher Diplomat zum Ruhrkonflikt.

— London, 20. Juni. (Draht.) Die „Westminster Gazette“ veröffentlicht eine Unterredung ihres diplomatischen Berichterstatters mit einem z. Zt. in London weilenden deutschen gräflichen Diplomaten über die Möglichkeiten einer Lösung des Ruhrkonflikts. Nachdem der Diplomat erklärt hatte, daß keine deutsche Regierung imstande sein werde, ohne weiteres das Ende des passiven Widerstandes anzuordnen, entwickelte er die folgenden Bedingungen für die Lösung des Ruhrkonflikts: 1. Frankreich muß seine Truppen „unsichtbar“ machen und bald ganz zurückziehen. 2. Eingriffe in die deutsche Industrie und die Betriebe der Eisenbahnen müssen aufhören. 3. Es muß eine vollständige Amnestie für alle Gefangenen gewährt und den Ausgewiesenen muß gestattet sein, in das Ruhrgebiet zurückkehren zu können.

Der deutsche Diplomat setzte dann auseinander, daß eine kurze Ueberwachung denkbar sei und daß einer internationalen Kontrollkommission, die nur von einigen wenigen Truppen begleitet sei, im Ruhrgebiet die Ueberwachung der Sachlieferungen übertragen werden könne. Diese Arbeit

müsse aber auch auf eine Zeitgrenze festgesetzt werden.

Englands Haltung.

— Paris, 20. Juni. (Draht.) Die „Ere Nouvelle“ veröffentlicht einen Artikel aus London, worin es heißt, man könne über die künftige Politik Englands folgende bestimmte Erklärungen abgeben:

1. Keine englische Regierung wird den Vorschlägen Poincarés, was die Ruhrbesetzung anlangt, beitreten. Ein Interesse an der Ruhrpolitik oder ein Schritt bei der deutschen Regierung, der auf die Einstellung des passiven Widerstandes hinführe, wären schlechterdings unmöglich. Es sei im Gegenteil wahrscheinlich, daß die englische Regierung die Rückkehr zur „unsichtbaren“ Besetzung des Ruhrgebiets verlangen werde.

2. Baldwin wird sein möglichstes tun, um ein Einverständnis mit Frankreich zu erzielen und weiter sei er bereit, seinem Lande große finanzielle Opfer aufzuerlegen. Sollte indessen die Politik Poincarés oder dieselbe seiner Nachfolgerschaft dieselbe bleiben, so bestiehe kein Zweifel, daß in Bälde in der auswärtigen Politik Englands sich ein Umschwung vollziehen wird. Diefen Möglichkeiten liegen bestimmte Tatsachen zu Grunde:

a) sei man in kommerziellen Kreisen sowie der Industrie überzeugt, daß die Wiederherstellung der europäischen Märkte für England unerlässlich sei,

b) stimme im Unterhaus die Mehrheit der Konservativen sowie die gesamte Opposition darin zusammen, die Ruhrpolitik abzulehnen,

c) wenn Baldwin in seinen Versuchen, ein Uebereinkommen mit Frankreich herbeizuführen, scheitern sollte, so wird kein einziger Schritt zur Regelung mit diesem Lande unternommen werden. Die englische Regierung werde dann entgegen ihrem Willen gezwungen sein, eine Doppelpolitik zu spielen, um eine Wiederherstellung der kontinentalen Märkte zu verwirklichen.

Eine Falschmeldung.

— Köln, 20. Juni. (Draht.) Das „Kölnner Tageblatt“ berichtet, daß die Meldung von der Sprengung des Eifeltunnels nicht den Tatsachen entspricht und daß sie in ihrem ganzen Umfange unrichtig ist.

Belgien antwortet selbständig an England?

— Paris, 20. Juni. (Draht.) Der „Petit Parisien“ gibt eine Mitteilung des Brüsseler Berichterstatters der „Times“ wieder, worin es heißt: Die belgische Regierung geht auf den französischen Standpunkt ein, sie ist indessen der Ansicht, daß sie dem englischen Kabinett eine getrennte Antwort zugehen lassen muß. Der Inhalt der beiden Noten wird im Grunde genommen derselbe sein, doch enthält der englische Fragebogen eine Anfrage, die sich lediglich auf Belgien bezieht, und aus diesem Grunde werde das kommende Brüsseler Kabinett getrennt von Paris antworten.

Wetterbericht.

— Bremen, 20. Juni. (Draht.) Morgen wolfig, teilweise aufklarend, vorwiegend kühl, meist trocken bei leichtem bis mäßigen Winden aus nördlichen Richtungen.

Die Strafanträge im Münchener Hochverratsprozess.

TU. München, 19. Juni. Im Münchener Hochverratsprozess begann heute das Rückdrogen des Staatsanwalts. Er führte u. a. aus: Zu Frankreichs Hauptaufgabe gehörte, Deutschland der Möglichkeit der Erfüllung des Versailler Vertrages zu entziehen und die Zersplitterung der deutschen Einheit und Einheit dieser letzten Waffe, die uns noch geblieben ist. Die Angeklagten Fuchs, Munk und der verstorbenen Madhaus hätten es unternommen, dem deutschen Volke diese letzte Waffe aus der Hand zu schlagen. Wären alle diese Pläne in Erfüllung gegangen, so würde ihnen der traurige Ruhm gehört haben, die Totengräber Deutschlands genannt zu werden. Fuchs und Madhaus bestritten in ihrer Verteidigung den Vorgang der Separation und behaupteten, daß es sich um einen Kampf und um eine Abwehr des Bolschewismus handele. Diese Darlegungen seien falsch. Die Angriffe gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen Maqr und Schäfer hätten sich als belanglos erwiesen und die Glaubwürdigkeit des Zeugen Fuchs stark erschüttert. Die Motive der Bestämpfung des Bolschewismus seien nur vorgetaucht. Es sei nicht nur eine Trennung vom Reich, sondern vor allem eine Annäherung an Frankreich geplant gewesen. Weiter kam der Staatsanwalt auf die geplante Einführung einer Goldwährung und auf die beschlossene Verfassungsänderung zu sprechen.

Die Strafanträge lauten folgendermaßen: Für Fuchs lebenslängliches Zuchthaus und 10 Millionen Mark Geldstrafe, Ueberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer; für Munk fünf Jahre Zuchthaus, 50 Millionen Mark Geldstrafe, Ueberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre, Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht, Ausweisung aus dem Deutschen Reich und sofortige Verhaftung; für Berger drei Jahre Festung und 300 000 M. Geldstrafe; für Rudolf Guter mann ein Jahr fünf Monate Gefängnis, eine Million Mark Geldstrafe; für den Bruder Richard Guter mann wird Freispruch beantragt.

Auch die polnische Mark kürzt.

TU. Warschau, 20. Juni. Der Börsenrat beschloß, vorläufig keine Notierungen für Valuten und Devisen vorzunehmen. An der schwarzen Börse erreichte der Dollar gestern 155 000 polnische Mark. Man spricht von einem bevorstehenden Wechsel im Reichsfinanzministerium. Sämtlichen Banken wird das Recht des Devisenhandels entzogen. Gestern nachmittag stand der Dollar trotz der Berliner Entspannung schon auf 180 000.

Amtliche Devisenkurse.

Berlin, 20. Juni. (Draht.)

Gulden 51 371—51 629 M.

Dollar 129 675—130 365 M.

Pfd Sterling 605 981—609 019 M.

Bekanntmachung.

Beim Eichamt Cloppenburg finden fortan Sprechtage nur an jedem Montag statt. An den andern Tagen kann auf eine Abfertigung mit Bestimmtheit nicht gerechnet werden.
Oldenburg, den 18. Juni 1923.
Eichungsinspektion.

Gemeindevorstand. Dinstag, 19. Juni 1923.
Die neuen Zuckerkarten werden am Freitag, dem 22. Juni bei der Wirtschaft Ww. J. Diekmann ausgegeben und zwar vorm. von 9 bis 12 Uhr für Langwege, Bünne und Schwege, nachm. von 2 bis 5 Uhr für Höne, Wulfenau, Bahlen und Dinstage.
Diekmann.

Jagdverpachtung.

Die Jagd auf den Grundstücken am Genossenschaftswege Nr. 51 (fog. überlandeter schwarzer Damm) soll gegen Naturalien auf 5 Jahre verpachtet werden. Jagdliebhaber wollen sich bis zum 29. Juni an das Vorstandsmitglied Herrn. Bröring, Marsch, wenden, wo Bedingungen bekannt gegeben werden.
Der Vorstand.

Grasverkauf in Bünne.

Am Donnerstag, dem 28. Juni d. J., läßt Pächter Franz Fund in Bünne bei seiner früheren Wohnung

6 Pfänder Gras

bestes Rauhheu öffentlich meistbietend mit Zahlungsfrist verkaufen. Käufer ladet freundlichst ein.
Dinstage. F. Diekmann.

Sind unter

Nr. 266

dem hiesigen Fernsprechnetz angeschlossen.

Behta. Gebr. Terwesp.

Achtung!

Achtung!

Behtaer Rennen. Fahrradstand

auf dem Festplatz.

Petersburg. Lübbehufen.

Aus rollenden Ladungen empfehle:

Letmather Weißkalk

und nehme Bestellungen hierauf entgegen.
Behta. D. Schröder. Schneiderfrug.

Torferzeugern,

welche beabsichtigen, zu bauen, liefere ich für je 2 tons besten Dorf

1000 Ziegelsteine

Die Steine werden sofort geliefert. Der Dorf hingegen kann nach ca. 2 Monaten geliefert werden.
Anfragen an Postfach 117, Oldenburg.

Herbstrüben,

runde gelbe, lange gelbe, runde, weiße rotköpfige Ferner:

Selbflie, Incarnatflie, Senf, Spörgel sowie noch verschiedene Klee- und Gras-Sämereien.

Lupinen

empfiehlt

Behta. B. Schillmöller.

Prima Tran

in ganz vorzüglicher Qualität, sehr preiswert in kleinen u. großen Mengen abzugeben. Auch in Flaschen und Kannen abgefüllt.

Tau-Waren

Leinen, Stränge, Keesse etc. aus allerbestem, reinem Hanf. Größtes Lager bei billigsten Preisen.

Sattlerei Koch,

Behta. Fernruf 235.

Leistungsprüfung (Rennen)

in Behta

am Sonntag, dem 24. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr.

Nach beendeter Leistungsprüfung

Festball

in den Sälen von Schäfers und Melchers Hotel.

Aus unserm Kommissionsverlage empfehlen wir als soeben erschienen:

„Liederschatz“

und Gesanglehre für die deutsche Jugend.

I. Teil (für Unter- und Mittelstufe),

herausgegeben von Seminarlehrer Fr. Clausing und Rektor A. Plochg

Preis 6000 Mark.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und vom Verlage

Vehtaer Druckerei u. Verlag.

Ein Franziskaner-Exerzitenhaus

soll ich bauen für alle Stände, Klassen und Geschlechter, damit die geplagten Menschen der Jetztzeit sich für einige Tage ganz von der Welt zurückziehen und in geschlossenen Exerziten sich stärken, ermutigen und beglücken können. — Bitte, helft mir das Haus bauen. Wenn viele nach Kräften beisteuern, ist es möglich. Jeder Wohltäter hat im Leben und nach dem Tode teil an den täglichen hl. Messen und Gebeten. Kleine und große Gaben bitte zu schicken entweder an meine persönliche Adresse oder an mein Post-Scheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 31845.

Franziskanerkloster P. Remigius Schulte. Kellheim im Taunus



8 u. 14-kar. Gold.

Jede Größe vorrätig.

H. Müller, Behta.

Große Straße 25.

Ich suche auf sofort ein älteres katholisches

Fräulein,

das pers. i. Kochen ist. Dienstmädchen u. Waschfrau vorhanden. Fam.-Anschl., hohes Gehalt. Zeugnisabschriften mit Bild erbeten.

Frau Kaufmann Clemens Hitzegrad, Oldenburg-Oldb. Postfach 52.

Ein schwarzbuntes

Rind

abhanden gekommen.

Wiederbringer erhält

Belohnung. Ferner ein

kleiner schwarzbunter

Stier zugelaufen.

Eilers, Thölstedt b. Wildeshausen

Lupinen,

Seradella

empfiehlt

Jof. Haffkamp,

Steinfeld. Telefon 24.

Auto-

Vermietung

zu jeder Tages- u. Nacht-

zeit.

Wilh. Debring,

Behta i. O. Fernruf 241.

Eine

güßte Ziege

und ein Lamm

zu verkaufen.

Behta, Oldenburgerstr. 51

Schwein,

zirka 70 bis 80 Pfund,

zu verkaufen.

Näheres in der Ge-

schäftsstelle d. Bl.

Habe ein

Arbeitspferd

zu verkaufen.

Ww. Götting, Nord-

döllen.

Zinkwanne

ca. 112 cm lang, 85 cm

breit und 75 cm tief zu

verkaufen.

Wo sagt die Exped.

dieses Blattes.

Eichenes

Büfett,

mittlerer Ausführung, ist

zu verkaufen.

Georg Der, Schreiner-

meister, Hausstette.

Habe eine gut erhaltene

Stiftendreschmaschine

mit Schüttler und Göpel,

einen leichten

Kuhwagen

und ein neues

Zauchefäß

(500 Liter) preiswert ab-

zugeben.

Rudw. Tölle, Dinstage.

Suche auf sofort einen

Schmiedegesellen

Theodor Schierholt,

Hausstette.



Brunswiga Kachel-Ofen

mit gesetzl. gesch. Gas- und Rauchverbrennung in hervorragend schöner Ausführung. ::

Ueber 15 verschiedene Sorten am Lager.

Heinr. Jos. Dietmann, Lohne.

»Milch-Zentrifugen«

und

»Buttermaschinen«

kaufen Sie staunend billig bei

Aug. Brinker, Behta,

Telefon Nr. 233.

Wir kaufen zu hohen Preisen:

grüne Stachelbeeren und zur Zeit der Ernte reife Stachelbeeren, Johannisbeeren, Himbeeren, Erdbeeren, Kirschen usw.

Bahrmeier & Kruse,

Obstkonservenfabrik, Bramsche, Bez. Osnabrück.

Achtung! Achtung!

Von morgen früh 8 Uhr ab

fettes Rindfleisch,

Pfund 9000 Mark, zu verkaufen.

Behta Josef Kaiser. Telefon 26.

Wegen Geschäftsaufgabe ein Posten

Jagdpatronen

jämtl. Kaliber sow. sonst. Jagdpatronen zu verkaufen. Offerten mit Preisangabe u. W. 3965 an Werbehäus Welge, Wilhelmshaven.

Suche auf sofort zwei tüchtige

Maurer.

L. Widdendorf, Dinstage. Fernruf 58.

Suche auf sofort einen

Knecht,

der mit Pferden umgehen kann.

H. Hövemann, Lohne i. Oldb.

Haushälterin

oder erfahrenes Mädchen für frauenlosen, kleinen, besseren Haushalt zu sofort gesucht.

Entlohnung zeitgemäß. Ausführliche Angebote an H. Knuffmann, Melle bei Osnabrück.

Todes-Anzeige.

Heute nachm. 3 Uhr nahm der liebe Gott unsern kleinen

Walter

zu sich in den Himmel. Behta, 19. 6. 1923.

Familie Hölzen.

Beerbigung Freitag nachm. 4¹/₄ Uhr.

Holdorfer Schützenfest

Sonntag, den 24. und Montag, den 25. Juni 1923.

Montag: Großes Preisstiefeln und andere Lustbarkeiten nach althergebrachter Weise.

Es ladet freundlichst ein

J. Bornhorst Ww. Der Vorstand.



Die diesjährige

Bezirks-Tierschau

der vereinigten Abteilungen findet am

Mittwoch, 22. August d. J. auf dem Meyerhofe bei Neuenkirchen statt.

Die Tierschaukommission.

Todes-Anzeige.



Ganz und ergeben in Gottes hl. Willen entschlief Montag morgen, früh, im Kloster der Benediktinerinnen der ewigen Anbetung zu Bonn-Endenich meine liebe Tochter, unsere liebe, gute Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehrw. Schwester Isidora

geb. Agnes Kruthaup.

Die liebe Verstorbene war geboren am 21. Juni 1894 zu Borringhausen und starb im vollendeten 29. Lebensjahre nach kurzem, schwerem Leiden, wohl vorbereitet durch ein 3¹/₂-jähriges, opferfreudiges Ordensleben, mehrmals versehen mit den hl. Sterbesakramenten, ganz ergeben in den hl. Willen Gottes sanft und ruhig im Herrn.

Ihre Seele wird dem Gebete der Gläubigen und den Priestern am Altare empfohlen.

In tiefer Trauer

Familie Kruthaup.

Borringhausen, Bergseine, Warendorf und Gut Hange, den 18. Juni 1923.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Montag, dem 25. Juni, morgens 6¹/₄ Uhr in Damme.

Bom Reichsschulgesetz.

Im Bildungsausschuss des Reichstages tobt der Stellungskrieg weiter. Es wird erbittert um "Grabenstucke" gekampft. So drehte sich am Mittwoch in einer dreistundigen, heftigen Debatte der Streit um einen Satz aus dem Antrage der burgerlichen Parteien zu § 3 (Bekennerschule), welcher lautet: "Die dem Bekenntnisse eigenen und in der Schule herkommlichen religiosen Uebungen und Gebrauche sind zu pflegen, ohne das dadurch der Unterrichtsbetrieb im ganzen beeintrachtigt werden darf."

Die Sozialdemokratie nahm scharsste Stellung gegen diesen Satz, in welchem sie eine Beeintrachtigung der staatsburgerlichen Freiheiten des Lehrers zu befurchten glaubte. Nach Ansicht der sozialistischen Redner ware der Geist des Bekenntnisses in der Bekenntnisschule lediglich von der subjektiven Gesinnung des Lehrers abhangig. Nach sozialdemokratischem Rezept solle der Lehrer an der Bekenntnisschule auch dann nur weiter wirken durfen, wenn er die Erteilung des Religionsunterrichts ablehnt und nicht mehr auf dem Boden des Bekenntnisses steht.

Dr. Loewenstein (Soz.) betonte, der Charakter der Bekenntnisschule bestehe lediglich darin, das Lehrer und Schuler denselben Bekenntnisse angehoren, unbekummert um einen von ihm selbst gestellten Antrag (Nr. 94). "Die Schule verliert ihren Charakter als Schule eines bestimmten Bekenntnisses oder einer bestimmten Weltanschauung dadurch nicht, das auch Kinder anderer Bekenntnisse oder Weltanschauungen sie besuchen" usw.

Auf die Bemerkung der sozialistischen Abg. Frau Pfluff, der Uberglaube wohne nicht neben dem Glauben, erwiderte Prof. Dr. Gauscher (Chr.), der innigste Nachbar und Verwandte des Uberglaubens sei der Unglaube. In den Sprechzimmern der sogenannten "weiBen Frauen" (Wahlsagerinnen, Kartenlegerinnen) konnte man sich dafur unwiderlegbares Beweismaterial holen.

Den Standpunkt des Zentrums zu dieser Frage vertraten die Abgg. Marx und Hofmann (Ludwigshafen), wobei ersterer namentlich auf die verfassungsmassige Begrundung des zur Debatte stehenden Satzes und letzterer auf die padagogische Berechtigung dieses Antrages hinwies. — Anknupfend an die Worte der Sozialistin Pfluff: "Die Art, wie sich der Geist zur Schule auspragt, bestimmen nicht Gesetze und Verordnungen, sondern die Personlichkeit des Lehrers", betonte Abg. Hofmann (Ludwigshafen) das Recht der Eltern und Erziehungsberechtigten auf die verfassungsmassig garantierte Konfessionsschule, welche als bestes Erziehungsmittel des Vorbildes nicht entbehren konnte, und dieses Vorbild sei der Jugend lebendig in dem gesinnungsgleichen Lehrer gegeben, der nicht bloB theoretisierend, sondern auch praktisch ausfuhren musse, wenn er nicht zu einem Zerbrock des Erziehers, zur personifizierten, inneren Unwahrscheinlichkeit werden sollte.

In die Bekenntnisschule gehoren deshalb nur bekennnistreue Lehrer, und was die "dem Bekenntnisse eigenen und in der Schule herkommlichen religiosen Uebungen und Gebrauche" betrafte, so seien diese nach einem geordneten, methodischen Religionsunterricht doch nur die padagogische Forderung der Anwendung und Uebung. Er wunderte sich, das die Sozialdemokratie, welche an der Bekenntnisschule in der Praxis groBe Interessentlosigkeit zeige, den Anhangern der Bekenntnisschule ihr Schulideal nun noch auszuhoehlen suche, wahrend man, umgekehrt, den Sozialdemokraten ihre weltliche Schule nach deren Ges-

chmack doch konzediere. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie bedeute vollendete Gewissenstrennung gegenuber den Anhangern der Bekenntnisschule. Religionsunterricht sei nach Art 149 der Verfassung ordentliches Lehrfach und musse in der Bekenntnisschule auch seine praktische Auswirkung finden.

Ein Regierungsvertreter Preuens machte darauf aufmerksam, das nach § 128 der Reichsverfassung der Beamte befoldet werde nach seinen Fahigkeiten und Leistungen; bei Ablehnung des Religionsunterrichts konnte demnach der Lehrer an eine andere gleichwertige Stelle versetzt werden, um dort entsprechende Mehrleistung zu erzielen. Ein bestimmtes Recht auf eine bestimmte Stelle habe kein Staatsbeamter. Dem widersprach der sozialdemokratische Abg. Dr. Radbruch (der fruhere Reichsjustizminister) unter Hinweis auf Artikel 118 und 136 der Reichsverfassung. Bei Art. 128 der Reichsverfassung handele es sich um Werte der Leistung und nicht um das Mas.

SchlieBlich wurden alle von den Sozialdemokraten gestellten Antrage abgelehnt und der im Antrag der burgerlichen Parteien festgelegte Satz: "Die dem Bekenntnisse eigenen und in der Schule herkommlichen Uebungen und Gebrauche sind zu pflegen, ohne das dadurch der Unterrichtsbetrieb im ganzen beeintrachtigt werden darf" mit 16 burgerlichen gegen 10 sozialdemokratische Stimmen angenommen.

Sitzung des Reichsparteivorstandes, der Vorsitzenden und Generalsekretare der Landes- und Provinzialverbande der Zentrumspartei in Berlin.

Am 16. und 17. Juni tagte im Zentrumsrationszimmer des Reichstages eine Sitzung des Reichsparteivorstandes und der Vorsitzenden und Generalsekretare der Landes- und Provinzialverbande der Deutschen Zentrumspartei. Veranlasst war die Tagung durch die Notwendigkeit, ein Bild uber die Lage der Partei im Lande zu gewinnen und uber die dringenden politischen Tagesfragen Beratung zu pflegen. Die Sitzung des ersten Tages wurde eroffnet mit einer kurzen und herzlichen ErgruBung des Abg. Herold, der am 16. Juni sein 25jahriges Jubiläum als Mitglied des Reichstages feiern konnte. Alsdann gab Generalsekretar Dr. Bockel einen Bericht uber die Lage des Reichsgeneralsekretariates und seine Arbeiten in letzter Zeit, wobei er vornehmlich auf die Tagung der Wandfortbunde in Hildesheim Bezug nahm. Einstimmig war man in der Lausprache der Auffassung, das das Reichsgeneralsekretariat unbedingt aufrecht erhalten bleiben musse. Es konnte zwar bei seinem beschränkten Personalbestande und angesichts der Leistung nicht mehr die fruher geubte umfangreiche Arbeit auf propagandistischem Gebiete leisten, doch sei seine Weiterexistenz schon allein im Hinblick auf die Notwendigkeit der organisatorischen Zusammenfassung der Landes- und Provinzialorganisationen, im Hinblick auf die Notwendigkeit der Gewinnung des jugendlichen Nachwuchses und der Vorbereitung der nachsten Wahlen vollig auBer jedem Zweifel. Die Umlage uber die Finanzierung des Reichsgeneralsekretariates und seiner Geschafte wurde neu festgelegt.

Auch die Jugendtagung in Hildesheim wurde ergiebig besprochen. Dabei kamen die Hoffnungen und das Vertrauen, das man auf den Geist und den politischen Willen der Zentrumsjugend setzt, zu immerwundemend, ruckhaltlosem Ausdruck. Es wurde aber betont, das man sich in den einzelnen Parteiorganisationen der Jugend noch energischer annehmen musse als man es bisher getan habe.

Die Nachmittagsitzung am Sonnabend galt der Betrachtung der ausenpolitischen Lage. Abg. Marx referierte uber die Geschichte der letzten Reparationsnoten und die Besprechungen, die daruber die Fraktion mit der Regierung gepflogen hatte. Einig war man sich darin, den passiven Widerstand mit alter Energie fortzusetzen. Einig war man sich auch in der Auffassung, das es fur die Zentrumspartei eine Rheinlandfrage ubershaupt nicht gibt. Das Rheinland bleibt bei Preussen und beim Reich. Mit groBer Emporung nahm man von einem Artikel Kenntnis, der in Fettdruck in der Kolner deutschnationalen "Rheinischen Tageszeitung" (Nr. 136) enthalten war und von angeblichen separatistischen Strömungen in rheinischen Zentrumskreisen redete, die auf die Tauglichkeit des papstlichen Delegaten Mgtr. Tetta zuruckzufuhren seien. Die anwesenden Vertreter des Rheinlandes bezeichneten die Nachricht sowohl ihrer Form wie ihrem Sinne nach von Anfang bis Ende als grottlich und als ein Verbrechen am Vaterlande.

Den nachsten Sitzungstag leitete Generalsekretar Dr. Bockel mit einem Referat grundsatzlichen Charakters uber die Stellung der Partei zu den vorliegenden politischen und wirtschaftlichen Problemen ein. Die Aussprache daruber wurde vertagt, sie soll in einem engeren Kreise vorgenommen werden. Dann sprach Reichsfinanzminister Dr. Hermes uber die Finanzlage des Reiches und die nachsten Aufgaben der Steuerpolitik. Die Wirkungen des Geldwertverfalls fanden dabei eine besondere Aufmerksamkeit. Die eingehende Besprechung hatte das Ergebnis, das mit Energie versucht werden musse, auch aus auBenpolitischen Grunden, das Steuereinkommen des Reiches erheblich zu vermindern, um die innerdeutschen Voraussetzungen fur die Sanierung des Staatshaushaltes unter allen Umstanden zu verwirklichen.

Es zeigte sich im Gesamtverlauf der Tagung, das die Zentrumspartei weit entfernt davon ist, der Abwartsentwicklung der deutschen Dinge fatalistisch freien Lauf zu lassen, vielmehr bestrbt ist, aus Grunden des Staatswohls und der sozialen Gerechtigkeit mit nie ermudender Energie die schweren politischen Probleme des Tages zu meistern.

Der Reichswirtschaftsrat uber wertbeständige Hypotheken. Der wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates beschafteigte sich mit dem Entwurf eines Gesetzes uber wertbeständige Hypotheken. Der Vertreter des Reichsjustizministeriums fuhre zur Begrundung u. a. aus: Der vorliegende Entwurf hat die Aufgabe, den Bedurfnissen des Geldverkehrs den eigentlich gegebenen Weg formalrechtlich zu eroffnen durch die Zulassung wertbeständiger Hypotheken. Fur die Bestimmung der Hypothekensumme ist daher einmal der internationale Wertmesser, also Feingold, geeignet. Ferner mussen andere MaBstabe zugelassen werden; es kommen namentlich Roggen und Weizen in Betracht. Die Verwendung anderer MaBstabe kann von der Reichsregierung mit Zustimmung des Reichstages zugelassen werden, doch konnen dafur nur amtlich festgestellte Preise in Betracht kommen. Auch die Verbindung zweier MaBstabe soll moglich sein.

In der Erörterung wurden die Absichten des Entwurfs als den Bedurfnissen der Wirtschaft entsprechend allgemein gebilligt. Grundsatzlich wurde darauf hingewiesen, das dieser Entwurf ein erster Schritt zur Durchbrechung des bisher im Recht festgehaltenen Satzes ist, das Mark gleich Mark ist, abgesehen von den Wertungsschwankungen. Im Verfolg dessen muss dieser Satz auch auf anderen Gebieten, so ganz besonders in Staatshaushalt fallen, da es nicht anmaßig ware, die Privatwirtschaft durch wertbeständige Bekehrformen zu sichern, den Staat aber weiter unter der Geldwertverfallung zu lassen. Auch ware zu prüfen, auf welche Weise die wertbeständige Aufbewahrung moglichst weiten Kreisen zuganglich gemacht werden kann. Der Entwurf eroffnet die Moglichkeit der Ausgabe von wertbeständigen Pfandbriefen (§ 9). Dem ware die Errihtung wertbeständiger Konten bei Banken und Sparkassen an die Seite zu stellen. Die bankmäßige Ausweisung solcher Konten berührt wiederum die Frage der Festmarkbildung.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich fur die Regierungsvorlage, deren § 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde, zumal in der Verbindung zweier MaBstabe nach § 2 eine gewisse Sicherung gegen die Wertbeständigkeit der MaBstabe gegeben wurde. Durch eine Rückkehrnahme des gewachsenen Warenmarktes auf Gold ist dem Staubiger die Mächtigkeits gegeben, sich gegen starke Schwankungen des Warenpreises hinwiegendlich zu sichern. Damit ist auch die Moglichkeit der Ueberfuhrung in eine stabile Wahrung gegeben.

Der Reichswirtschaftsrat uber wertbeständige Hypotheken.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich fur die Regierungsvorlage, deren § 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde, zumal in der Verbindung zweier MaBstabe nach § 2 eine gewisse Sicherung gegen die Wertbeständigkeit der MaBstabe gegeben wurde. Durch eine Rückkehrnahme des gewachsenen Warenmarktes auf Gold ist dem Staubiger die Mächtigkeits gegeben, sich gegen starke Schwankungen des Warenpreises hinwiegendlich zu sichern. Damit ist auch die Moglichkeit der Ueberfuhrung in eine stabile Wahrung gegeben.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich fur die Regierungsvorlage, deren § 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde, zumal in der Verbindung zweier MaBstabe nach § 2 eine gewisse Sicherung gegen die Wertbeständigkeit der MaBstabe gegeben wurde. Durch eine Rückkehrnahme des gewachsenen Warenmarktes auf Gold ist dem Staubiger die Mächtigkeits gegeben, sich gegen starke Schwankungen des Warenpreises hinwiegendlich zu sichern. Damit ist auch die Moglichkeit der Ueberfuhrung in eine stabile Wahrung gegeben.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich fur die Regierungsvorlage, deren § 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde, zumal in der Verbindung zweier MaBstabe nach § 2 eine gewisse Sicherung gegen die Wertbeständigkeit der MaBstabe gegeben wurde. Durch eine Rückkehrnahme des gewachsenen Warenmarktes auf Gold ist dem Staubiger die Mächtigkeits gegeben, sich gegen starke Schwankungen des Warenpreises hinwiegendlich zu sichern. Damit ist auch die Moglichkeit der Ueberfuhrung in eine stabile Wahrung gegeben.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich fur die Regierungsvorlage, deren § 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen wurde, zumal in der Verbindung zweier MaBstabe nach § 2 eine gewisse Sicherung gegen die Wertbeständigkeit der MaBstabe gegeben wurde. Durch eine Rückkehrnahme des gewachsenen Warenmarktes auf Gold ist dem Staubiger die Mächtigkeits gegeben, sich gegen starke Schwankungen des Warenpreises hinwiegendlich zu sichern. Damit ist auch die Moglichkeit der Ueberfuhrung in eine stabile Wahrung gegeben.

Bermischtes.

Das begehrte deutsche Fabrikat. Der Stadtrat von Watford, Sud-England, hat sich zur Einfuhrung deutscher Elektrizitätszähler entschlossen. Diese Entscheidung ist naturgemas wie "The Electrician" berichtet, dem scharssten Widerspruch der englischen Fabrikanten begegnet, welche in der Einfuhrung billiger deutscher Waren einen Boykott der einheimischen Fabrikate erklunden; demgegenuber hat aber in der Stadtverordnetenversammlung ein Ratsherr mit erfreulicher Objektivität darauf hingewiesen, das es bei der Auswahl der benötigten Elektrizitätszähler nicht auf deren Ursprung, sondern auf deren Güte ankomme, und das seiner Ansicht nach unbedingt den deutschen Fabrikanten der Vorrang zugeteilt werden mussle, weil sie die besten am Markt seien.

Ein Gesetz zum Schutz der Jugend vor dem Alkohol hat der Reichstag vor kurzem angenommen; es lautet: Verboden ist: 1. Das Verabfolgen oder Ausschütten von Branntwein und das Verabfolgen branntweinhaltiger Genussmittel im Betrieb einer Gast- oder Schenkwirtschaft, oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben; 2. das Verabfolgen nikotinhaltiger Tabakwaren im Betrieb einer Gast- oder Schenkwirtschaft oder im Kleinhandel an Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu eigenem Genuss in Abwesenheit des zu ihrer Erziehung Berechtigten oder seines Vertreters; 3. das Verabfolgen oder Ausschütten geistiger Getranke im Betriebe einer Gast- oder Schenkwirtschaft oder im Kleinhandel an Betrunkene. Wer einer Vorschrift des Abs. 1 vorfahlich zuwiderhandelt, wird mit Gefangnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu einer Million Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei Fahrlässigkeit tritt Geldstrafe bis zu 100 000 Mark ein.

Wieder deutsche Missionare in Togo. Die Norddeutsche Missionsgesellschaft ordnet in Bremen drei Missionare zum Dienst in Koto (Togo) an der jetzigen englischen Staaküste ab. Es ist dies der erste Fall der Wiedergulassung deutscher Missionare im ehemaligen deutschen Kolonialgebiet nach dem Kriege.

Neue Entdeckungen am Firmament. Einige Entdeckungen von weitreichender Bedeutung sind in letzter Zeit von amerikanischen Astronomen gemacht worden. In einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Harvard College-Observatoriums teilt Prof. Frank Chapley die Entdeckung von 2000 neuen Nebeln auf 90 Photogrammen mit, die in dem Zweigobservatorium von Harvard zu Arequipa in Peru aufgenommen wurden. Von diesen sind nach Chapleys Angaben etwa 35 v. H. Spiralnebel; die Mehrzahl scheint in die Klasse der kugelförmigen zu gehören. Kurz darauf teilte Chapley die Auffindung von weiteren 850 Nebeln mit als Ergebnis seiner Prüfung einer Lichtbildaufnahme, die im September vorigen Jahres mit einer Belichtung von sechs Stunden gemacht wurde. Auf diesen Teilen der Platte sind die Nebel viel zahlreicher als die Sterne.

Bedingtes Frauenwahlrecht in Italien. Der vom Ministerrat genehmigte Entwurf über das Wahlrecht der Frauen kommt nur denen zugute, die das 25. Lebensjahr erreicht haben und sich in folgenden besonderen Verhältnissen befinden: Sie müssen mit der männlichen oder zivilen Tapferkeitsmedaille oder dem Kriegsverdienstkreuz ausgezeichnet sein oder sonst eine Auszeichnung für ihre Tätigkeit zugunsten des öffentlichen Wohles besitzen. Außerdem kommen die Mütter der im Kriege Gefallenen und die Frauen in Betracht, die die höhere Lehrerschule, mit Erlaubnis befehligt haben. Die letzte Bedingung berührt fast humoristisch.

Eine moderne Wahlparole in Jugoslawien. Die demokratische Partei in Jugoslawien, die sich zurzeit in schärfster Opposition befindet, hat beschlossen, für die, wie man glaubt, schon im nächsten Herbst wieder stattfindenden allgemeinen Wahlen als Parole die Forderung auszugeben, das das Vermögen aller Politiker beschlagnahmt werde, die sich über die Herkunft ihres Vermögens nicht genügend ausweisen können oder wollen.

Landespolitik.

Oldenburgische Landtagswahlen und Reichspolitik.

Die Berliner "Zentrums-Parlaments-Korresp." befaßt sich in längeren Ausführungen mit dem Wahlkampf in Oldenburg und dem Ergebnis der Wahl. Sie kritisiert besonders die Art und Weise, mit der die Deutsche Volkspartei gegen das Zentrum kämpfte und schreibt:

Bei der heutigen Lage unseres Vaterlandes und bei dem schweren Abwehrkampf, den das in allen Parteien geeinte deutsche Volk in den deutschen Westlanden kämpft, hätte man es nicht für möglich halten sollen, das eine Partei, die im Reich unter der Führung Dr. Stresemanns einträchtig mit der Zentrumspartei zusammenarbeitet, um die schwierige Lage unseres Vaterlandes überwinden zu helfen, zu solchen parteipolitischen Wahlmitteln ihre Zukunft nehmen und rein partei egoistische Interessen verfolgen würde. Die Zentrumspartei legt sich ernst die Frage vor, welche Folgen das Vorgehen der Deutschen Volkspartei in Oldenburg für ein einträchtiges Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei im Reich haben kann. Beabsichtigt die Deutsche Volkspartei, den nächsten Reichstagswahlkampf in derselben Form im ganzen Reich zu führen, dann müssen wir an der ersten Ubfahrt der Deutschen Volkspartei, dem Wohle des gesamten deutschen Volkes zu dienen und die Einigkeit des Volkes zu fördern, zweifeln. Die Zentrumspartei muß erwarten, das die Deutsche Volkspartei im Reich auf diese Frage eine klare Antwort gibt.

Es spricht aber für den gefunden Sinn der großen Mehrheit der oldenburgischen Bevölkerung, das sie trotz der Wahldeklaration der Deutschen Volkspartei in ihrer politischen Stellung sich nicht hat beirren lassen. Unsere oldenburgischen Zentrumswähler sind der Zentrumspartei, die im Reich und in Oldenburg stets die Politik der Verantwortung geführt hat, treu geblieben. Da die Zentrumspartei hat sogar über 1300 Stimmen zu den bisherigen gewonnen können. Das ehrt unsere oldenburgischen Parteifreunde und die gesamte deutsche Zentrumswählererschaft dankt ihnen für diese Treue.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Das "Oldenburgische Wochenblatt", das Organ der Deutschen Volkspartei, schreibt in seiner Nr. 24 vom 16. 6. 1923 u. a.: "Ueber die Zusammenfassung der neuen Regierung läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen. Das Starkerhältnis der Parteien läßt verschiedene Kombinationen zu, bei denen in jedem Falle dem Zentrum eine entscheidende Rolle zufällt. Die Volkspartei wird bereit sein, mitzuwirken, wenn ihr das nicht auch jetzt wieder unmöglich gemacht wird. Denn das sie nach dem, was im Wahlkampf vorgegangen ist, für eine Wiederkehr des mit unerfüllbaren Versprechungen belasteten früheren Ministerpräsidenten nicht zu haben sein wird, dürfte wohl sicher sein. Auch außerhalb der Deutschen Volkspartei scheint diese Auffassung an Boden zu gewinnen. Wäre Herr Tangen seinerzeit nicht zurückgetreten, so würde die Wahl kaum Anlaß bieten, bei der heutigen politischen Lage die Frage einer Neubildung der Regierung zu erörtern. Jetzt aber ist Herr Tangen nicht mehr Ministerpräsident, sondern der Landtag steht vor der Frage, ob er ihn wieder dazu machen will."

Der "Gemeinnützige" (Varel) schreibt u. a.: "Wir würden es auch für einen schweren politischen Fehler halten, die Sozialdemokratie von der verantwortlichen Mitarbeit auszuschließen und sie wieder in die Opposition zu drängen. Gerade das würde für sie Veranlassung sein, den Klassenkampf wieder stärker in den Vordergrund zu schieben, die Fäden der Verfindung zwischen rechts und links abzureißen und die Gegensätze zu vertiefen. Solche Spaltungen können wir uns in unserer Notzeit nicht leisten. Gegen eine Koalition von Volkspartei, Zentrum und Demokraten sprechen aber noch eine Reihe anderer Gründe. Es erscheint uns zweifelhaft, ob das Zentrum die Politik der Volkspartei im Münsterlande so schnell verassen wird, das sie zum Zusammenarbeiten mit dieser Partei jetzt schon bereit ist. Und wenn auch diese Bedenken überwinden werden, wenn auch die scharfen Gegensätze zwischen Demokraten und Volkspartei nach dem Vorbild dieser beiden Parteien im Reich durch republikanische Klugheit nicht unüberbrückbar erscheinen, so bleibt doch ein Hindernis: die Person des früheren Ministerpräsidenten"

Was ist uns die Volksfamilie?

Je mehr der Deutsche in den gegenwärtigen schweren Tagen fühlt, das sein Volk sozusagen einsam in der Welt, allein auf sich und auf die Treue der Volksgenossen angewiesen da steht, um so enger soll er sich an den Treubund seiner Volksfamilie anschließen, in die er nach dem Willen des Schöpfers hineingeboren wurde. So schließt sich auch die häusliche Familie in trüben Tagen enger aneinander. Diese unsere deutsche Volksfamilie lebt in der Lebensgemeinschaft der Gemeinde, des Staates und der Nation; aber erst dadurch, das alle Bürger miteinander fühlen und füreinander sinnen, streben und opfern. Wie kann das geschehen?

Der echte Bürger kann sich am wirksamsten für Volk, Gemeinde, Staat und Nation, und zwar alltäglich und stündlich, betätigen in seinem Berufsstande. Denn sein Beruf ist ständiger Dienst und ein Vertrauensamt an seinen Volksgenossen; in ihm übernimmt er die Befriedigung ihrer Bedürfnisse, an denen für sie oft foziel Sorgen und Mühen haften. Freudige, fleißige, opferwillige Berufsarbeit ist heute auch der beste Dienst, den jedermann seinem verarmten und immer mehr verarmenden deutschen Volke leisten kann. Darum gibt die treue, arbeitsfreudige Berufserfüllung im Dienste seiner Volksgenossen echtes Standesbewußtsein; man weiß, das man ihnen durch seine Berufsarbeit etwas wert ist, damit bei ihnen Ehre einlegt und Ehre gewinnt.

Am wärmsten werden die Bürger beieinander in ihrer Gemeinde. Hier muß zu allererst im Kleinen die Volksfamilie im Miteinander- und Füreinanderleben Fleisch und Blut gewinnen, sich betätigen. Vor allem in der Heilighaltung und Uebung der Nachbarschaft. Die Nachbarn müssen einander in Wahrheit die Nächsten sein. Dann aber sollen auch alle Bürger der Gemeinde einander Nächsten sein. Erst dann wird die Wohngemeinde zur Heimat. Der echte Bürger liebt und fördert darum seine Gemeinde mit väterlicher Gesinnung. Seinen Mitbürgern will er menschlich etwas sein. Dadurch gewinnt er Familiengeist zu seinen Mitbürgern; er hat ein zartes Gefühl für Ehre und Schande der Gemeinde, für deren Gedeihen oder Verderben. Es drängt ihn, für die Gesamtheit der Mitbürger, für die Gemeinde etwas zu tun; er übernimmt darin Ehren-

ämter, übt Volkswohlfahrtspflege in der öffentlichen und privaten Armen-, Jugend-, Witwen- und Waisenspflege. Er weiß, das ihr Mann und Frau sich ihre schönste Bürger- und Bürgerinnentrone flechten.

Er pflegt die Bürgerfreundschaft, acht nicht kalt an den Mitbürgern, deren Kindern vorüber, sondern sich nicht im Benehmen wie im Vorüber ab. Er pflegt die Volksgemeinschaft, Gemeindegüte (Kirchen, Schulen, feiertagliche Gebrauche und Sitten, das Volksfest, das Heimatfesten. Er sorgt dafür, das das Gotteshaus die Schulen, Volksgärten, heimatliche und volkstümliche Denkmäler, Stätten der ganzen Gemeindebürgerhaft lieb und vertraut werden als Verkörperungen des Gemeinnsins. Damit tut er in seiner kleinen Volksfamilie, der Gemeinde, was er als Vater zur Pflege seiner häuslichen Familie tut.

Wer so ein familienhaftes Bürgerverhältnis zu seiner Gemeinde hat, der schließt sich auch ebenso innig an sein Gesamtvolk, an seine Nation und an seinen Staat an, unter dessen Schutz und Schirm seine Nation lebt. Wer einmal echten Bürgerinn in sich gewakt hat, der fühlt sich als lebendiges Glied seines Volkes, das nach dem Willen des Schöpfers als unzertrennbares deutsches Volk neben den anderen Völkern anwuchs, geeint durch Bluts- und Stammesverwandtschaft, durch eine eigene Sprache, Geistesart, Sitten, durch eigenes soziales, wirtschaftliches und staatliches Gemeindefortschreiten, durch eigenes schweres Volksschicksal in seiner Geschichte, auch durch eine eigene Aufgabe in der Menschheit. Der echte Bürger hat damit ein Vaterland, geheiligt durch Schwelß und Blut der Vorfahren. Er hat in alledem sein Volk, mit dem er durch eine Schicksalsverbundenheit in Treue unverbrüchlich verbunden ist.

Wer keine Familie und auch keine Verwandten mehr auf Erden hat, der stellt sich unter all den Menschen verlassen, wie in der Fremde. So mußte sich auch der Deutsche fühlen, der heute, in der Stunde der Not sich nicht darauf besinnen wollte, das auch er zur deutschen Volksfamilie gehört; das er ihr und allen Volksgenossen in derselben doppelte Liebe, opferbereite Treue und mutige und stolze, tätige Güte schuldet. Das ist auch das Große, was das waffenlose, einsame deutsche Volk als Zeichen seiner unzerstörbaren, festlichen Größe der Welt darbieten kann.

Langen. Die ganze Wacht war ja in Wahrheit nichts als ein Kampf um Langen, der gleich der Streifenarbeit im Reich aus jener Abneigung des unpolitischen Deutschen gegen politische aktive Persönlichkeiten entsprang, die ihren politischen Ausdruck in dem Worte York über Hardenberg gefunden hat, er seine der Augenblick herbei, wo das Haupt dieses Jakobiners unter der Guillotine fällt. Nach den jüngsten Veröffentlichungen scheint die Volkspartei auch jetzt noch an ihrem Kampf gegen Langen festzuhalten. Wir bedauern das; denn wenn nicht politische Einsicht doch noch Angst, dann wird die Volkspartei die Verantwortung dafür zu tragen haben, wenn das Erfordernis der Stunde, die große Koalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, nicht zustande kommt. Dann wird sie sich selbst aus der Regierung ausschalten. Dann wird — wenn nicht alle Anzeichen trügen — die alte Koalition trotz der scharfen Opposition der Rechtspartei und der Kommunisten mit nur geringer Schwächung wiederkehren. Dann aber hat die Volkspartei den Wahlpflicht nicht nur in parteipolitischen Sinne, sondern im Sinne der Politik überhaupt verloren.

Aus dem Münsterlande.

Behta, 20. Juni.

— Ein Notstandstarif für Kurzarbeiter, gültig vom 25. Juni bis zum 30. September 1923 (Kurzarbeiterwochenarten) wird bekannt gemacht. Kurzarbeiterwochenarten werden ausgegeben an die gegen Gehalt und Lohn beschäftigten Personen (Angestellte, Arbeiter), die Lehrlinge und andere zur Berufsausbildung beschäftigten Personen, die wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse nur an einzelnen Tagen der Woche arbeiten. Die Kurzarbeiterwochenarten gelten für eine Woche von Sonntag bis einschließlich Sonnabend und berechtigen zu 3 Hin- und 3 Rückfahrten zwischen Wohn- und Arbeitsort. Die Karten werden nur auf Entfernungen bis einschließlich 75 Kilometer und im allgemeinen nur für die 4. Klasse ausgegeben. Nähere Auskunft kann bei den Fahrkarten-Ausgaben erteilt werden.

— Falsche Dollarnoten! In der letzten Zeit sind in Bremen wiederholt ungültige Dollarnoten der früheren konföderierten Staaten von Amerika mit dem Einlaufen der amerikanischen Schiffe und dem dadurch veranlaßten Verkehr mit den Amerikanern in Umlauf gekommen. Derartige Noten wurden während des Bürgerkriegs in den Vereinigten Staaten in den Jahren 1860—1865 von den Südstaaten hergestellt und verausgabt. Nach Beendigung des Aufstandes sind die aus dem Jahre 1864 stammenden Noten wertlos geworden. Vor Annahme solcher Scheine wird gewarnt mit der Aufforderung, gegebenenfalls sogleich die Kriminalpolizei zu verständigen.

— Auch der Pfennig hat seinen Wert der Welt angepaßt. In Berlin zahlt man für einen Pfennig in Kupfer 13 \mathcal{M} , für 2 Pfennig in Kupfer 23 \mathcal{M} , für 10 Pfennig in Nickel 16 \mathcal{M} , für 10 Pfennig in Zink 8 \mathcal{M} , für 10 Pfennig in Eisen 1,25 \mathcal{M} , und für 50 Pfennig in Aluminium 25 \mathcal{M} ! Also: Ehret den Pfennig!

— Neue Schlüsselzahl im Buchhandel. Der Börsenindex deutscher Buchhändler erhöhte mit Wirkung vom 14. Juni die Schlüsselzahl auf 5000.

— Aenderung des Gesetzes über die mündelsicheren Anlagen. Am Dienstag hat der Reichsrat einen Gesetzesentwurf angenommen, wonach das Bürgerliche Gesetzbuch dahin abgeändert wird, daß das Vormundschaftsgericht dem Vormund auch die Anlegung von Mündelgeldern in anderen als den bisher für mündelsicher erklärten Wertpapieren erlauben darf. Die Erlaubnis soll nur verweigert werden, wenn die beachtliche Art der Anlage den Grundzweck einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung zuwiderlaufen würde. Diese Bestimmung wurde auf Antrag Bayerns hinzugefügt, während eine Anregung Preußens, die ganzen bisherigen Vorschriften außer Kraft zu setzen und die Anlegung von Mündelgeldern einfach dem freien Ermessen des Vormunds mit Zustimmung des Gegenwärtigen und des Vormundschaftsgerichts zu überlassen, als zu weitgehend abgelehnt wurde. — Die bisherige Verpflichtung der Anlage in „mündelsicheren“ Papieren, d. h. in Papieren, die der Geldentwertung am wenigsten verfallen sind, hat unermesslichen Schaden angerichtet. Zu bedauern ist, daß eine Revision so spät erfolgt ist, nachdem sämtliche Mündelgelder vollkommen vernichtet sind und so gut wie gar nichts mehr zu retten ist.

— Ein Jahr ohne Sommer ist eine sehr große Seltenheit, aber es gehört nicht zu den Unmöglichkeiten. Das Jahr 1816 war vollständig sommerlos und brachte fast Sonnenschein und Wärme im April Schneestürme, starke Nachfröste und Regen. Der Mai war ein frohlicher Monat, der in Garten, Feld und Flur den größten Schaden anrichtete. Roggen wurde dreimal gefät, aber jedesmal vernichteten ihn wieder die starken Fröste. Der Juni war so kalt, wie seit Menschengedenken nicht mehr. Am 5. Juni froh es, dann fiel Schnee. Fast alle Pflanzen wurden vernichtet. Im Juli gab es in den ersten Tagen Eis so dick wie Fensterglas. Die Heuernte brachte nichts ein. Der August war unheimlich kalt und regnerisch. Im September war die Witterung bis in die Mitte des Monats ziemlich mild, dann wurde es wieder kalt, und heftige Stürme durchbrausen das Land. Der Oktober brachte einige warme Tage, im allgemeinen herrschte rauhes und kaltes Wetter, das im November winterlich wurde. Schneestürme und starken Frost brachte. Im Dezember dagegen trat eine bedeutend mildere Witterung ein, so daß es an einzelnen Tagen viel wärmer als im Juli und August war. Die Zeitungen berichteten damals über die allgemeine Mißernte und erklärten: „Das gegenwärtige Geschlecht wird es nicht vergessen, daß das Jahr 1816 ein Jahr ohne Sommer war.“ Wegen der großen Mißernte trat 1817 ein unerhörter Mangel an Nahrungsmitteln ein, und Tausende und Abertausende litten bei furchtbarer Hunger bitterster Not. Man benutzte Gras, Brennnesseln, Quecken usw. zur Stillung des Hun-

gers und bereitete „Brot“, zu dessen Herstellung gemahlene Baumrinde mit verwendet wurde. Zur Erinnerung an das leidensvolle Jahr prägte man eine Denkmünze, die sich in manchen Familien vom Ahn zum Enkel vererbte. Hager und bleich aussehende Leute wurden späterhin dadurch charakteristisch, daß man von ihnen sagte, sie sähen aus wie das Jahr 17. Glücklicherweise war die Ernte dieses Jahres sehr gut, so daß sie der graufigen Not ein Ende machte. Überall wurden deshalb in ganz Deutschland die ersten Wagen wie im Triumph eingefahren und feierliche Dankgottesdienste abgehalten.

— Laßt euch nicht auskaufen, wenn es nicht die Not dringend erheißt! Dieser Rat kann nicht oft genug gegeben werden. Zahlreich sind die Verkäufer von Wertgegenständen, die jetzt wider ihr Wesen treiben; diese Leute bereisen Stadt und Dorf und bringen oft für einen Pappenstiel fremde wertvolle Gegenstände in ihren Besitz. Nicht selten wandert die Ware dann ins Ausland.

— ☞ Lohne, 17. Juni. Unsere Pfarre Lohne hat im Münsterlande die größte Anzahl von Priestern, nämlich 22, welche zumeist in unserem oldenburgischen Offizialatsbezirk angestellt sind. Die Namen derselben sind: 1. Pfarrer Clemens Kregmborg in Neuscharrel, 2. Pfarrer Theodor Böttmann in Lindern, 3. Vater Ferdinand Ehrenborg S. J., Spiritual in Rönin, 4. Vikar Bernhard Kuhlmann in Batum; 5. Pfarrer Josef Holtzhaus in Loikum (Rheinland), 6. Pfarrer Bernhard Siederling in Neuenkirchen, 7. Pfarrer Bernhard Küstermeyer in Friesoythe; 8. Pfarrer Heinrich Bölling in Rülfringen, 9. Pfarrer Anton Köfener in Jever, 10. Pfarrer Adolf Kofenge in Ramsloh, 11. Pfarrer Anton Zumbrägel in Bönningen, 12. Vikar Franz Siederling in Neuenkirchen, 13. Studienrat Dr. Ludwig Siederling in Behta, 14. Vikar Otto Beckmann in Bönningen, zum Kaplan in Eften ernannt, 15. Vikar August Bornborn in Damme, zum Pfarrer in Steinfeld ernannt, 16. Kaplan Uptmoor in Bunnen, zum Vikar in Behta ernannt, 17. Vikar August Meyer in Wolbergen, 18. Kaplan Josef Scheper in Carum, 19. Oberstudienrat Dr. Pagenstert in Behta, 20. Hausgeistlicher Wilhelm Schmidt in Neuenkirchen (Lungenheilstätte), 21. Vikar Josef Dieren in Rülfringen, zum Kaplan in Brake ernannt, 22. Vikar Ferneding in Strüdingen, zum Vikar in Oldenburg ernannt. Die aus unserer Gemeinde stammenden Geistlichen machen den vierten Teil des gesamten oldenburgischen Klerus aus.

— ☞ Essen, 17. Juni. In der Nacht zum 8. d. Mts. sind dem Gutspächter Friedrich Bertels auf Gut Calhorn mittels Einsteigens 5 Seiten Speck, je 22—25 Pfund schwer, 2 Schinken, je 26 Pfund schwer, 4 Sommerwürste, je 1½—2 Pfund schwer, 3 Stücke Nagelholz (Rindfleisch), je 5—6 Pfund schwer, gestohlen worden. Auf die Wiedererlangung der gestohlenen Sachen hat der Geschädigte eine Belohnung von 150 000 \mathcal{M} ausgesetzt.

— ☞ Duderstadt, 18. Juni. Unser diesjähriges Schützenfest fand hier gestern in gewohnter Weise bei verhältnismäßig gutem Wetter statt. Die Königswürde errang der Haussohn Herr Josef Dreß-Lobbergen, der sich Hausdöchter Fräulein Wilma Berges-Böden zur Königin erkort.

Aus dem Norden.

Oldenburg, 20. Juni.

— (—) Wie unvorsichtig die Leute heute mit dem Gelde umgehen, zeigt folgender Vorfall: Zwei Damen vom Lande waren neulich in dem Hütgenbüsch von H. in Oldenburg. Nach Erledigung des Geschäftes steckten sie verschiedene kleine Päckchen, die sie in anderen Geschäften erkanden hatten, mit einem alten Hut zusammen in eine große Hüttenkiste und entfernten sich. Beim Bahnhof wurden sie von einem Kriminalbeamten und einer Dame angehalten und gefragt, ob sie ein Paket Geldscheine an sich genommen hätten. Davon wußten sie natürlich nichts und mußte die Hüttenkiste durchgesehen werden. Wie groß war aber das Erstaunen der beiden Damen, als sie wirklich ein in Zeitungspapier eingewickeltes Päckchen mit zwei Millionen entdeckten. Dieses Päckchen hatte die Dame, die bei dem Kriminalbeamten war, in dem oben genannten Geschäft neben die Päckchen der beiden Damen gelegt. Diese hatten es, ohne daß sie es ahnten, daß es nicht ihres war, und ohne daß sie wußten, was es enthielt, mit eingepackt. Hätten sie wirklich unlaute Abichten gehabt, so hätten sie Gelegenheit genügend gehabt, das Geld verschwinden zu lassen. Also etwas mehr Vorsicht mit den Papierclappen!

Feuerschutztagung in Oldenburg

Am Sonnabend fand in Oldenburg im Anschluß an eine Tagung des Landbundes Oldenburg-Bremen eine Feuerschutztagung statt. Sie nahm nachmittags 2,30 Uhr in den Ball-Bichtspielen ihren Anfang. Dazu waren besonders geladen das Ministerium, die Amtshauptleute, die Stadtmagistrate, die Brandklassenverwaltung, das Kommando der Dpo, die landw. Vereine und die Studierenden der Akademie.

Für den verstorbenen Landbundesvorsitzenden Battermann-Overrege eröffnete Winterhuldenhof Lehmann u. H. Delmenhorst die Tagung und betonte, daß der Feuerschutz so weit als möglich ausgebaut werden müsse.

Dr. Müller vom Landbund wies darauf hin, daß wir immer reicher an Zöglingen werden, die uns eine Wohlhabendheit vorläufen, die wir nicht besitzen. Durch Feuerschäden seien auch vor dem Kriege alljährlich Hunderte von Millionen verloren gegangen. Solche Verluste seien jetzt um so empfindlicher. Daher müssen die Feuerschutzmaßnahmen immer ausgedehnter werden. Es komme namentlich auf dem Lande darauf an, möglichst viele mit Löschgeräten ausgestattete Leute möglichst schnell bei der Brandstätte zu haben.

Brandklassen-Inspektor Koch gab eine Uebersicht über die Einrichtungen, die im Landesteil Oldenburg zur Vorbereitung und Bekämpfung von Schadenfeuern ge-

troffen sind. Im Verhältnis zu denen der anderen Länder dürfe man mit ihrem Stande zufrieden sein, dennoch sei darauf Bedacht zu nehmen, sie immer mehr auszugestatten, besonders auf dem Lande. Die Kleinstfeuerlöschgeräte des Feuerschutzes kommen nur in Frage, Bränden entgegen zu wirken, die im Entstehungsstadium sind. Die privaten Feuerschutzgenossenschaften müssen den öffentlichen eingetriedert werden, der vorbeugende Feuerschutz ist weiter auszubauen, zu empfehlen sind feuerschutztechnische Kurse.

Ingenieur Neubert sprach über die durch die Elektrizität entstehenden Feuerschäden. Leider sei bei den elektrischen Leitungen während des Krieges viel minderwertiges Erhaltungsmaterial verwendet worden. Zu Sicherungszwecken habe man Drahtmägel, Stantlopfeln und Mägen verwendet. Bei Bränden lasse man am besten die elektrische Leitung stehen. Bei Bränden der Hochspannungsleitungen sei eine besondere Vorsicht zu üben. Es sei schon gefährlich, ihnen mit einem Wasserstrahl entgegen zu wirken. Am besten jorge man für Abfluß des Oels und löschte man mit Sand.

Ingenieur Sandner sprach dann über die Einrichtung der Feuerschutzneue. Früher habe man unter Hinweis darauf, daß das Feuer eine höhere Macht sei, sich um den Feuerschutz viel zu wenig gekümmert. Auf dem Lande sollte jedes Gebäude mit Handlöschern versehen sein, damit jede Woge, jedes Kind im Falle eines Feuersausbruchs umstände ist, zu löschen. Das Alarmsystem ist gleichmäßig auszubauen. Mit der Hupe erfolgt zunächst ein langer Ton, den Ansbruch eines Feuers bedeutend, daran schließt sich das Signal, welches den Bezirk, in dem es brennt, bezeichnet. Jeder, der es hört, gibt es weiter und eilt dann sofort nach der Brandstätte. An jeder Bauerschaft sind Vertrauensleute bestimnt, die zunächst die Führung übernehmen. Es ist auch zu befragen, der kommenden Feuerwehr die Anfuhr leicht zu machen. Sobald sie da ist, übernimmt sie das Kommando. Wenn das Feuer gelöscht ist, wird mit 2 kurzen Tönen das Signal „Halt“ gegeben. Es muß dahin kommen, daß keine Gegend, kein Haus von dem Feuerschutzgeheh ausgeschlossen bleibt, damit die größte Möglichkeit erzielt wird, dem „Roten Hahn“ die Zähne zu zeigen.

Es folgten dann einige Filmvorführungen und dann begaben sich die Teilnehmer nach dem Kaserneplatz. Hier wurden Löschgerätschaften mit „Minnag“ vorgeführt, die ausnahmslos gelungen. Der Zweifelhafte Feuerschutz trat probeweise in Tätigkeit. Ringsum ertönten Hupensignale und in kurzer Zeit waren die Männer zur Stelle. — An diese Veranstaltung schloß sich eine Besichtigung der südlichen Löschapparate beim Spritzenhaus und deren Vorführung an.

Nah und Fern.

— ☞ Westerholt, 16. Juni. Ein Einwohner erhielt von einem Unternehmer ein Kaufangebot für das Grundstück, worin dieser sich erbetet, so viele Tausendmarktscheine zu zahlen, wie sie zur vollständigen Bedeckung des Bodens notwendig sind. Das Grundstück hat eine Breite von 26 Meter und eine Tiefe von 55 Meter und würde somit eine große Summe einbringen; trotzdem hat der Besitzer den Kauf abgelehnt.

— ☞ Aus dem Kreise Berenbrück, 17. Juli. Hohe Graspreise wurden beim Grasverkauf in Quakenbrück zwischen den Strömen erzielt. Pfänder, die zwei kleine Fuder Heu liefern, wurden bis 850 000 \mathcal{M} , in einzelnen Fällen sogar bis 1 750 000 \mathcal{M} herausgeboten. Im ganzen brachte der Grasverkauf der Stadt die hohe Summe von 64,7 Millionen Mark ein.

— ☞ Sögel, 16. Juni. Wegen Milchfäulung verurteilte das hiesige Schöffengericht einen Landwirt aus dem Kreise zu 250 000 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

— ☞ Bentheim, 14. Juni. Eine Gaunerbande treibt auf dem Bahnhof Bentheim ihr Unwesen und sucht ihre Opfer vorwiegend unter Reisenden der von Holland kommenden Züge. Ein niederländischer Herr teilt seine Erfahrungen zur Warnung für andere mit und schreibt: „Kürzlich kam ich mit dem D-Zuge vormittags in Bentheim an und übergab meine Koffer einem Gepäckträger, dessen Nummer ich mir merkte. Es herrschte, wie immer, nach der Ankunft eines internationalen Zuges, ein lebhaftes Gedränge. Als die zollamtliche Abfertigung meines Gepäcks erfolgt und auch ich selbst abgefertigt war, sah ich mich nach meinem Gepäckträger um. Endlich entdeckte ich ihn und fragte ihn nach meinen Koffern. Zu meinem großen Schrecken antwortete er mir, daß ein mir ähnlich sehender Herr ihn veranlaßt habe, die wertvollen Gepäcksstücke in den Personenzug nach Rheine zu bringen, der inzwischen abgefahren war. Die auf telephonischen Anruf verständigte Polizei von Rheine konnte den Gauner, der sich meiner Koffer bemächtigt hatte, nicht feststellen. Wahrscheinlich war er bereits mit der Diebesbeute in Schüttorf oder Salzbergen ausgeflogen. Wie mir gesagt wurde, waren innerhalb einiger Tage drei solcher Gaunereien verübt worden.“

— ☞ Brodum, 13. Juni. Am 11. Mai wurden in der Pohlmeperischen Wiese in Brodum drei schwarzbunte, etwa 1 bis 2 Jahre alte Rinder, links Ohr ein Loch, geschlachtet. Trotz wiederholter Bekannngabe in der Zeitung hatte sich der Eigentümer nicht gemeldet, so daß die Rinder wegen der hohen Futtermittel- und Pflegekosten jetzt verkauft werden mußten. Bei der öffentlichen Versteigerung wurden 8 250 000 \mathcal{M} erzielt, die nach Abzug der Unkosten hinterlegt worden sind. Man führt das Nichtmelden des Besitzers auf den Umstand zurück, daß er, wie so viele andere Landwirte, die Zeitung nicht liest und die Bekanntmachungen des Gemeindevorstandes und Landrats nicht zu Gesicht bekommen hat. Eine „teure“ Sparmaßnahme.

Soziales.

Der Beschäftigungsgrad in der Tabakindustrie hat sich, wie uns der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands mitteilt, auch im Monat Mai weiter gebessert. Nach der Arbeitslosen-zählung des genannten Verbandes waren Ende Mai von den an der Zählung beteiligten Mitglie-

bern 22,5 Prozent völlig und 44,4 Prozent teilweise arbeitslos. Es arbeiteten demnach wieder 33,1 Prozent voll. Von den teilweise Arbeitslosen arbeiteten 19,5 Prozent bis 8 Stunden, 19,8 Prozent bis 16 Stunden, 40 Prozent bis 24 Stunden und 22,2 Prozent 25 und mehr Stunden wöchentlich verkürzt. Die Zahl der völlig Arbeitslosen ist gegen den Vormonat um 18,7 Prozent zurückgegangen. Dagegen ist die Zahl der teilweise Arbeitslosen um 4,4 Prozent gestiegen. Die Besserung in dem Beschäftigungsgrad ist in der Hauptfache darauf zurückzuführen, daß sich ein Teil der Raucher bereits an die neuen Preise gewöhnt hatte. Durch die inzwischen eingetretene Marktentwertung, die eine ganz gewaltige Preiserhöhung zur Folge haben wird, da drei Viertel der Rohstoffe aus dem Ausland bezogen werden müssen, muß für den Monat Juni wieder mit einer Verschlechterung der Geschäftslage gerechnet werden.

Sport.

Das 8. Gaurturnfest in Wildeshausen.

Freitag, Sonnabend und Sonntag fand in Wildeshausen das diesjährige Gaurturnfest statt. Leider ließ das Wetter, besonders am Sonnabend nachmittag, wo es kalt und regnerisch war, aber auch am Sonntag, der wohl Sonnenschein brachte, aber kalten Wind im Gefolge hatte, zu wünschen übrig. Trotzdem war die Beteiligung eine sehr starke von Seiten der Frauen und Männer.

Den Hauptstrom der Turnerinnen und Turner brachte der Sonderzug am Sonnabend nachmittag ab Oldenburg 2,35 Uhr, der mit ungefährr einer Stunde Verpätung in Wildeshausen eintraf. Vom Bahnhof marschierte alles sofort geschlossen und mit Musik zum idyllisch auf der Wildeshauser Rennbahn belegenen Fest-Turnplatz, wo Herr Gaurturnwart Bernetti die Teilnehmer mit kurzen herzlichen Worten begrüßte und sofort den Beginn des Turnens einleitete. Die Vorbereitungen auf dem Platz zur Durchführung des Turnens waren aufs musterquälteste getroffen worden, so daß sich ein ungehemmter Verlauf allseits durchführen ließ. Abends fanden in verschiedenen Gasthäusern die üblichen Begrüßungsabende statt.

Am Sonntag morgen um 6 Uhr nach dem Bedruf begann die Fortsetzung des Wettkampfes, der so ungeführt durchgeführt wurde, daß gegen 10 Uhr schon alles beendet war und das Gemeinturnen der Männer am Barren sowie die allgemeinen Freitübungen folgen konnten. Es folgten die Freitübungen der Damen sowie ein Reufenkämpfen derselben. Die allgemeinen Freitübungen boten einen besonders prächtigen Anblick. Es schlossen sich die Vorkämpfe im 1500-Meter-Lauf, 100-Meter-Lauf wie auch die Ausschließungsläufe in den Staffeln an. Nachmittags um 2,45 Uhr war der große Feuerschutz durch die festlich aufs reichste geschmückten Straßen Wildeshausens, der sein Ziel wiederum auf dem Turnplatz fand. Sofort begann dort das Nachmittagsturnen vor einer großen Zahl Zuschauer, u. a. dem Ehrenauschuß der Stadt Wildeshausen. Musterhaft wurde das Gemeinturnen der Männer am Barren dargeboten, dem die Frauen mit ihren im vollendeten Stile gehaltenen Freitübungen sich würdig einreihen. Zwischen durch waren die Endläufe der Männer um die 100-Meter-Meistererschaft, die mit dem guten Resultat von 10,8 Sekunden ein heroorragendes Ergebnis erbrachten; ebenfalls wurde ein gutes 1500-Meter-Laufergebnis erzielt. Imposant rollten sich die allgemeinen Freitübungen mit einem Fahnenmarsch der Vereine vor den begeisterten Augen der Gäste ab. Danach folgten wiederum die Frauen mit einem labellos durchgeführten Reufenkämpfen. Die Einzelkämpfe der Damen wie auch deren Staffeln bildeten den weiteren Verlauf des Festes. Reges Interesse verlangten weiterhin die Wettkämpfe im Schleuderball-Wettkampf. — Am Abend gegen 7 Uhr begann die Siegerehrung. Vertreten wurden die ersten fünf Sieger und Siegerinnen sämtlicher Wettkämpfe. Die weiteren Sieger und Siegerinnen wurden von den einzelnen Verbandsleitern den Verbandssturmvereinen bekanntgegeben.

Der Rest des Festes vereinigte die Teilnehmer in den verschiedenen Gasthäusern Wildeshausens, in welchen die Vereinskülle stattfanden. Die Züge 8,15 und 10 Uhr brachten Johann die Turnerinnen und Turner wieder nach Hause.

Stimmen aus dem Leserkreise.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Die Postbeförderung an der Kleinbahnstrecke Behta-Oldenburg ist von Behta aus miserabel schlecht. Ein Brief, der hier Samstag nachmittag um 1 Uhr zur Post gegeben wird, gelangt z. B. in Batum erst am Dienstag in die Hand des Adressaten. Eine Besserung ist nur zu erreichen, wenn die Post vormittags rechtzeitig in den Postorten dieser Strecke anlangt, so daß die Landbriefträger ihren Bestimmungsort nicht antretten haben. Die Morgenverbindung ist aber ohne besondere Vorkehrungen nicht zu erreichen, da die Kleinbahn, wie die Verwaltung sagt, nicht mehr wie dreimal in der Woche fahren kann. Da bliebe also nur die Möglichkeit, daß die Leute sich selbst helfen. Und da möchte ich folgenden Ausweg vorschlagen: Die Kleinbahn ist, wie ich festgestellt habe, bereit, für die Briefpostbeförderung eine Drahtseilbahn an den drei Tagen, wo die Bahn nicht fährt, zur Verfügung zu stellen, die von zwei Mann bedient werden muß und in etwa drei Stunden den Weg von Behta nach Elmstedt und zurück machen kann. Im ganzen wären also für den Weg nach Elmstedt und zurück sechs Arbeitsstunden aufzuwenden, nach Cappeln 5½, nach Schwichteler 5, nach Westrup 4, nach Batum 3½. Bei Annahme des Wertes einer Goldmark von 15 000 \mathcal{M} . (augenblicklich ist der Wert schon höher) würde sich die Fahrt bis Elmstedt täglich auf 15 000 \mathcal{M} . stellen, an den 19 Werktagen des Monats, an denen kein Zug fährt, auf 195 000 \mathcal{M} . bis Cappeln auf 178 750 \mathcal{M} . bis Schwichteler auf 162 500 \mathcal{M} . bis Westrup auf 130 000 \mathcal{M} . bis Batum auf 112 750 \mathcal{M} . Bei einer Fahrt bis Elmstedt hätte jeder in Betracht kommende Postort 39 000 \mathcal{M} . zu zahlen, bis Cappeln 44 687 \mathcal{M} . bis Schwichteler 54 166 \mathcal{M} . bis Westrup 65 000 \mathcal{M} . bis Batum 112 750 \mathcal{M} . Bei dem augenblicklich gesunkenen Werte der Papiermark würde die Summe sich natürlich entsprechend erhöhen. Für diese geringe Ausgabe hätten die Gemeinden sich täglich die Morgenpost von Behta her einschließlich der Zeitung gesichert, denn es kann nicht daran gezweifelt werden, daß die Postvermittlung den Boten zur Bahn gerne zur Verfügung stellen würde. Wer nimmt die Sache in die Hand?